

aktuelle analysen

55

Die Piratenpartei

Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?

Udo Zolleis / Simon Prokopf /
Fabian Strauch



Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

www.hss.de

55

Die Piratenpartei

Hype oder Herausforderung für die
deutsche Parteienlandschaft?

**Udo Zolleis / Simon Prokopf /
Fabian Strauch**

Impressum

ISBN	978-3-88795-364-5
Herausgeber	Copyright 2010, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autoren	Dr. Udo Zolleis / Simon Prokopf / Fabian Strauch
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

1. Die Piratenpartei – mehr als eine Medienblase	5
2. Eine neue Partei entsteht: Die Gründung der Piratenpartei	7
3. Die Programmatik der Piratenpartei – nur ein Thema?	11
3.1 Inhaltliche Positionen der Piratenpartei	11
3.2 Die programmatischen Positionen der Piratenpartei im Parteienwettbewerb	14
4. Parteiorganisation im Zeichen des Internets	17
5. Mehr als ein Issue? Die Wählerschaft der Piratenpartei	25
6. Die Piratenpartei – Zukunftsmodell oder politische Eintagsfliege?	31

1. Die Piratenpartei – mehr als eine Medienblase

Die Piratenpartei war 2009 in aller Munde. Nicht zuletzt Frank Schirrmacher attestierte ihren Anliegen: „Die Fragen, die die digitale Intelligenz stellt, sind legitim und überfällig.“⁴¹ Selbst die Bundeskanzlerin ging bei ihrer Pressekonferenz einen Tag nach der Bundestagswahl auf die sich selbst bewusst so bezeichnenden Piraten² ein: „Wir müssen den Dialog mit den Wählern der Piratenpartei aufnehmen und uns um die Wähler der Zukunft kümmern, um die jungen Wähler.“⁴³ Und sie sind nicht nur ein deutsches Phänomen. Ausgehend von Schweden erblickten diese neuen politischen Gruppierungen in vielen europäischen Staaten das Licht der Welt.

Manche Politikwissenschaftler fanden den Hype, d. h. den Medienrummel, für überflüssig. So bescheinigte der Parteienforscher Oskar Niedermayer der Piratenpartei wenig Überlebenschancen: „Die großen Parteien krallen sich das Thema Internet jetzt. Deshalb sind Splitterparteien auf Dauer nicht erfolgreich.“⁴⁴ So verglich er die Piratenpartei mit den politisch wirkungslosen Randparteien im deutschen Parteiensystem wie der Tierschutzpartei.⁵

Besonders aus zwei Gründen wecken die Piraten aber bei politischen Beobachtern Interesse:⁶ Programmatisch greifen sie neue Themen auf bzw. bewerten und begründen sie aus einem neuen Blickwinkel: dem der digitalen Revolution. Aber auch organisatorisch kann die Piratenpartei als eine neuartige Erscheinung angesehen werden, da sie ihr innerparteiliches Leben überwiegend in der digitalen Welt organisiert. Dies ist aber nicht nur eine neue Kommunikationsform in ansonsten alten organisatorischen Schläuchen. Vielmehr haben die Piraten ein neuartiges innerparteiliches Partizipationsverständnis, besitzen eine andere Auffassung von Mitgliedschaft und organisieren ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Vorfeldgruppen an-

ders als die klassischen Parteien.⁷ Diese für die Partientheorie interessante Entwicklung hat aber praktische Folgen. Die Piratenpartei vermochte mit Hilfe des Internets, organisatorische Hürden relativ leicht zu überspringen und sich selbst auch ohne großen Apparat zu organisieren. Sie konnte innerhalb eines halben Jahres von einem kleinen Kreis von wenigen hundert Mitgliedern auf knapp 12.000 Mitglieder anwachsen und bei der Bundestagswahl 2009 knapp 850.000 Zweitstimmen gewinnen.⁸ Dies ist in so kurzer Zeit noch keiner Graswurzelbewegung gelungen. Selbst der rasante Aufstieg der Grünen vor rund 30 Jahren verlief zunächst langsamer.⁹

Dieses Papier hat aber weniger die Frage im Blick, ob die Piratenpartei eine realpolitische Eintagsfliege bleibt. Sicherlich hat sie – das zeigen die derzeitigen Konflikte nach ihrem Erfolg bei der Bundestagswahl 2009 – ihre Konsolidierungsphase noch nicht abgeschlossen. Auch unterlegen alle Wahl- und Umfrageergebnisse: Von der Mehrheitschwelle, also dem Einzug in die Parlamente in Deutschland,¹⁰ ist sie noch weit entfernt. Bei näherer Betrachtung kommen aber Zweifel auf, ob die Piratenpartei wirklich nur eine „Ein-Themen-Partei“¹¹ darstellt, die im Zuge des sog. Zugangerschwerungsgesetzes und einer eher kruden Parteiorganisation entstanden ist. Ihr Protestpotenzial richtet sich eben nicht nur gegen gesetzliche Regeln im Hinblick auf die Nutzung digitaler Medien. Vielmehr protestiert sie gegen politische Gepflogenheiten im Bereich der Inneren Sicherheit, der demokratischen Repräsentation, der Bildungspolitik oder auch der Drogenpolitik – alles Themen, die sie aus der Perspektive einer bestimmten Lebenswelt zu beantworten versucht. Und damit stellt sich die Frage, ob das Zugangerschwerungsgesetz nicht nur ein Protestereignis, sondern ein Gründungsereignis eines langfristigen politischen Konflikts darstellt, und

ob die Partei gegenüber anderen jugendlichen Protestthemen – bspw. in der Rentenpolitik – anschlussfähig ist und diese in Zukunft von ihrer Warte aus thematisieren wird. Jede Parteienfamilie besitzt schließlich ihren jeweiligen Gründungskonflikt, der als Katalysator für die eigenen politischen Ziele und für die Gründung der jeweiligen Parteiorganisationen diene. Aus dem Blickwinkel dieses Gründungskonflikts wurden dann zahlreiche Issues im politischen Wettbewerb bewertet. Hier sei nur ins Gedächtnis gerufen: Die deutsche Christdemokratie, die in ihrer Geschichte die Soziale Marktwirtschaft konzipiert sowie die Grundlagen für die europäische Einigung gelegt und den deutschen Sozialstaat entwickelt hat,¹² fand ihren Ursprung im Kampf für die Rechte der Kirche vor den Ansprüchen des modernen Staates.¹³

Die Zukunftsfähigkeit einer politischen Partei bzw. Gruppe fußt weniger auf ihren programmatischen Anfangserfolgen, sondern auf drei Bereichen: ihrer Programmatik, ihrer Parteiorganisation und ihrer Wählerschaft. Besitzt sie eine neue Qualität im Parteienwettbewerb, zeigt sich diese Qualität in den genannten Bereichen.

Deshalb soll diese Publikation folgende drei Fragen näher untersuchen:

- Wie fügt sich die „digitale Revolution“ als politisches Issue in den politischen Wettbewerb ein? Was fordert die Piratenpartei in programmatischer Hinsicht?
- Welche organisatorische Qualität besitzt die Piratenpartei?
- Ist das deutsche Parteiensystem durch diese neue politische Gruppe verletzbar, d. h. welche Bedeutung besitzt die digitale Revolution auf dem deutschen Wählermarkt?

Diese drei Fragen werden in vier Schritten beantwortet:

Zum Ersten wird die Gründungsgeschichte und damit der Gründungskonflikt der Piratenpartei aufgezeigt. Zum Zweiten wird auf die Programmatik der Neugründung und ihre programmatischen Positionen im Vergleich zu den im Bundestag vertretenen deutschen Parteien eingegangen. Zum Dritten wird das qualitativ Neue der Piratenpartei im Hinblick auf ihre Parteiorganisation analysiert. Und abschließend werden die qualitativen Neuerungen des Parteienwettbewerbs durch die digitale Revolution und die Wählerschaft der Piratenpartei eruiert.

2. Eine neue Partei entsteht: Die Gründung der Piratenpartei

Die Gründungsgeschichte einer Partei ist mehr als eine rein organisatorische Initialzündung. Sie verrät viel über das politische Grundverständnis einer Partei.¹⁴ Die Neugründung erfolgt schließlich stets unter gewissen Rahmenbedingungen: Ihre Abgrenzung zu den „etablierten“ Parteien, ihre Position zu gesellschaftlichen Themen und der politische Grund für den Mobilisierungsimpuls prägen ihre politischen Leitvorstellungen weit über die Gründungsphase hinaus.

Der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme hat in seinen Studien dargelegt, dass Parteien sich nicht nur gegenüber ihren politischen Mitbewerbern positionieren und sich damit im Parteienwettbewerb definieren, sondern dass Parteien auch durch ihre langfristigen Werte, ihr innerparteiliches Selbstverständnis und die Mobilisierungsfähigkeit ihrer Anhängerschaft geprägt werden.¹⁵ Auch Peter Mair weist darauf hin, dass Parteien durch mehr bestimmt werden als durch ihr aktuelles Handeln.¹⁶ Für das Selbstverständnis einer Partei ist ihre Gründungsgeschichte von elementarer Bedeutung.¹⁷ Dabei unterscheidet die Parteienforschung grob drei Gründungsmuster:¹⁸

- Eine Partei gründet sich genuin neu. Sie ist keine Abspaltung einer bereits etablierten Partei oder ein Zusammenschluss von etablierten Parteien. Vielmehr versucht diese Neugründung gesellschaftliche Strömungen aufzugreifen, die von den bisherigen Parteien nur unzureichend vertreten werden. Durch eine Neugründung soll die in den Augen der Parteiaktivisten entstandene Repräsentationslücke innerhalb des Parteiensystems geschlossen und ihr Anliegen im politischen System angemessen vertreten werden. Die deutsche Christdemokratie wie auch die Sozialdemokratie, aber auch die Liberalen und die Grünen haben einen solchen Gründungsprozess durchlaufen. Sie sind

anhand der von Lipset und Rokkan beschriebenen Konfliktlinien entstanden.¹⁹

- Eine neue Partei wird durch Abspaltung von einer schon bestehenden Partei ins Leben gerufen, beispielsweise indem innerparteiliche Differenzen, seien sie inhaltlich-programmatischer, formal-organisatorischer oder personeller Art, unüberbrückbare Gräben reißen. Eine Neugründung soll sicherstellen, dass die Standpunkte der „Abweichler“ im politischen Markt besser vertreten werden. Die WASG, aber auch die USPD sind Beispiele solcher Gründungsprozesse.
- Eine Partei entsteht institutionell neu durch eine Fusion bereits bestehender Parteien. Die heutige „Die Linke“ ist eine solche dritte Variante einer Parteigründung: Der Zusammenschluss soll politisch sich nahestehende Kräfte bündeln und auch die in den jeweiligen ursprünglichen Parteien vertretenen Wählerschichten zusammenführen.

Die Piratenpartei lässt sich unschwer in die erste der drei Kategorien einordnen. Damit ist die Partei eine genuine Neugründung, was ihre Entstehungsgeschichte besonders interessant macht. Dies wirft schließlich die Frage auf, was denn wirklich „neu“ an dieser Partei ist. Peter Lösche hat in seiner Geschichte über die deutschen Parteien vor allem drei Elemente herausgearbeitet, die Neugründungen von bereits etablierten Parteien qualitativ unterscheiden:²⁰

- Programmatische Konfliktpunkte: Genuin neue Parteien entstehen anhand von Konfliktlinien, die Anliegen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen neu aufgreifen. Abgesehen von separatistischen Bewegungen oder Regionalparteien sind solche Anliegen meist nicht nur in einem Land anzutreffen, sondern stellen ein

länderübergreifendes Phänomen dar. Das beste Beispiel dafür ist die Herausbildung der Arbeiterbewegung in Verbindung mit der Gründung sozialdemokratischer Parteien.

- Da diese Parteien gesellschaftliche Anliegen aufgreifen, findet ihre Gründung nicht im luftleeren Raum statt. Vielmehr sind sie der politische Arm bestimmter gesellschaftlicher Schichten, meist auch sozio-kultureller Milieus. Sie besitzen starke Linkages zu den neu entstehenden gesellschaftlichen Strömungen in ihrem politischen Themenfeld.
- Da diese gesellschaftlichen Strömungen meist auch genuin neu sind, gründen sich die Parteien nicht nur institutionell, sondern bilden aufgrund ihrer Anliegen auch eine neue politische Kultur heraus. Ihr innerparteiliches Leben unterscheidet sich demnach von den bisher etablierten Parteien. Ein gutes Beispiel dafür sind die Grünen. Ihre Gründung aus Neuen Sozialen Bewegungen heraus ergab ein ganz anderes partizipatorisches Grundbedürfnis ihrer Mitgliedschaft, als dies bei den herkömmlichen Volksparteien der Fall war.

Die Piratenpartei ist in allen drei Bereichen eine Neugründung. So repräsentiert sie einen völlig neuen Konflikt, der bis dato im westeuropäischen Parteiensystem so nicht vertreten wurde: die Folgen der digitalen Revolution.²¹

Die Piratenpartei ist ein länderübergreifendes Phänomen. Ihre Anfänge liegen in Schweden. Anfang des Jahres 2006 wurde dort die Piratpartiet gegründet. Sie konnte sich ungewöhnlich rasch institutionell etablieren und die organisatorischen Hürden für eine wirksame politische Repräsentation nehmen. Bis heute gilt sie als Namens- und Impulsgeberin für weitere Gründungen in anderen Ländern (vgl. zur internationalen Ausbreitung der Piratenparteien Abb. 1 und 2). Während ihrer Vorbereitung auf die schwedischen Parlamentswahlen im Jahr 2006 erlangte sie bereits gesteigerte Medienaufmerksamkeit und ihre Webseite verzeichnete täglich Zugriffe in Millionenhöhe. Das Schlüsselerlebnis für ihre politische Etablierung war der Umgang des schwedischen Staates mit den Konsequenzen der digitalen Revolution. Hierbei waren primär Festnahmen im Zusammenhang mit der „Pirate Bay“-Plattform und die Beschlagnahmung der Server des BitTorrent-trackers²² am 31. Mai 2006 in einem schwedischen Bankgebäude maßgeblich. Es wurden etliche andere auf den 186 beschlagnahmten Servern gehostete Websites von Privatpersonen und weiteren Unternehmen vom Netz genommen.²³ Auf einem der Rechner befand sich mutmaßlich eine Mitgliederliste der Piratpartiet mit persönlichen Daten, die kurze Zeit später bei einer Boulevard-Zeitung auftauchte. Von Gegnern der Beschlagnahmung wurde bald nach der Razzia ein Überwachungsvideo aus dem durchsuchten Gebäude auf YouTube eingestellt. Aus beidem resultierten Proteste, weitere öffentliche Aufmerksamkeit und ein fulminanter Mitgliederzuwachs für die Piratpartiet.²⁴

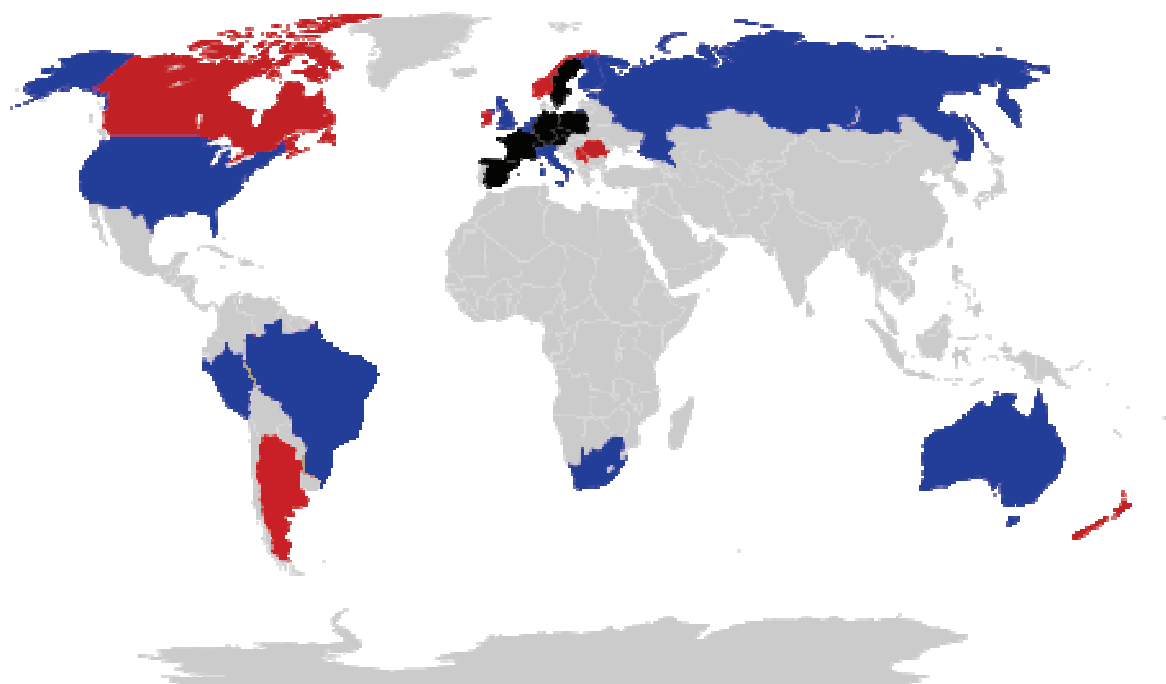


Abb. 1: Verbreitung der Piratenparteien weltweit; schwarz: registrierte Piratenparteien; blau: aktive, aber nicht registrierte Parteiorganisationen; rot: Gründungsplanungen laut der Website „www.pp-international.net“; grau: noch keine Parteigründung²⁵

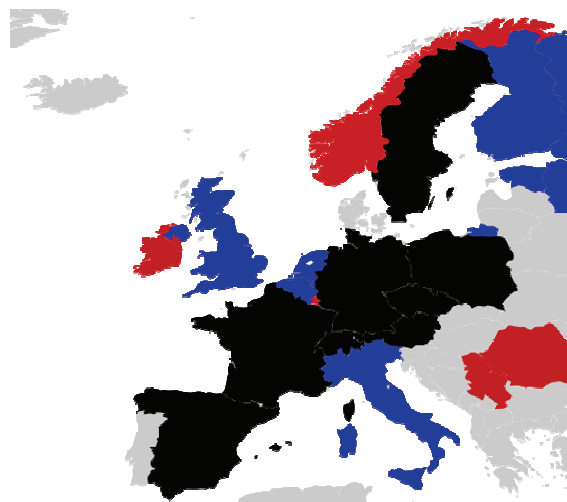


Abb. 2: Verbreitung der Piratenparteien in Europa; Farbgebung siehe Abb. 1²⁶

Bei der schwedischen Parlamentswahl im September 2006 erlangte die Piratpartiet 0,63 % und wurde aus dem Stand zur zehntstärksten Partei des Landes. Allerdings blieb

sie dabei weit hinter dem selbst gesteckten Ziel von 4 % zurück. Der Grund für ihren Misserfolg bestand darin, dass die übrigen Parteien die Debatte um das Filesharing zunächst durch Konzessionen kanalisieren konnten.²⁷

Erst im April 2009 änderte sich die Situation durch die Verurteilung der Pirate-Bay-Betreiber in einem europaweit verfolgten Prozess, der einen Stimmungsumschwung verursachte.²⁸ Die schwedische Piratenpartei verdreifachte daraufhin ihre Mitgliederanzahl und avancierte zur drittgrößten Partei Schwedens mit rund 50.000 Mitgliedern. Seit Mitte April 2010 allerdings hat sich diese Zahl nahezu sprunghaft von damals etwa 45.000 auf nunmehr noch knapp 19.000 und damit um gut 60 % reduziert.²⁹ Bei den Europawahlen 2009 erreichte sie ungeachtet dieser aktuellen Tendenz 7,13 % bzw. zwei Sitze im Europäischen Parlament.

Neben Ablegern in weiteren Ländern führte diese Entwicklung im September 2006 auch in Deutschland zur Gründung der Piratenpartei. Nicht nur thematisch, sondern auch programmatisch bildet das Internet ihr Zentrum. So erfolgte ihre Entstehung samt Vorbereitung, aber auch die Erarbeitung ihrer Satzung und des Parteiprogramms von Anfang an vorwiegend im Internet. In der Öffentlichkeit trat die Piratenpartei seitdem immer wieder mit Protestaktionen in Erscheinung, die allerdings nur auf geringe Resonanz stießen.³⁰ „Einen bleibenden Eindruck in der politischen Landschaft konnte die Partei so jedenfalls nicht hinterlassen, sie fristete weiter ihr Schattendasein, ihr fehlte einfach der richtige Aufhänger, auch, weil die Diskussion über die Urheberrechte und das Filesharing in Deutschland keine so öffentliche und emotionale Rolle spielen.“³¹ Im Unterschied zum schwedischen Fall fehlte also zunächst ein mobilisierender Gründungskonflikt.

Dieser fand sich jedoch bald im Zugangsschwerungsgesetz der Großen Koalition. Bei diesem Gesetz stand ab Anfang 2009 die

Frage im Mittelpunkt, mit welchen adäquaten Mitteln der Zugriff auf Seiten mit kinderpornographischem Inhalt im Internet verhindert werden könnte. Die Große Koalition setzte unter Federführung der damaligen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen auf sog. Netzsperrn. Demnach sollten die Provider laut einer vom Bundeskriminalamt zu erstellenden Liste Internetseiten sperren. Neben der Legalität wurde vor allem die technische Effektivität der Sperren massiv angezweifelt.³²

Die Aktivisten der Piratenpartei sahen dieses avisierte staatliche Handeln im Internet nicht als Schutz, sondern als Einschränkung ihrer bisherigen Freiheit. Wie in Schweden war auch in Deutschland das Grundmoment dieser neuen Bewegung der Konflikt zwischen den neuen, gewachsenen Möglichkeiten durch die digitale Revolution und dem Regulierungsanspruch moderner Staatlichkeit. Diese Kritik am staatlichen Handeln und die Anliegen der Piratenpartei wurden insbesondere von einer gesellschaftlichen Gruppe als wichtig empfunden: jungen, internetaffinen Computernutzern.³³

3. Die Programmatik der Piratenpartei – nur ein Thema?

Neben der Ereignisgeschichte einer Partei-gründung sind für die realpolitischen Ent-stehungsgründe die programmatischen Aus-sagen der betreffenden Partei interessant. Der programmatische Aspekt ist bei dieser Neugründung besonders relevant, da sie we-der die Erfindung eines populistischen Füh-rers darstellt, wie sie etwa die Forza Italia ist, noch sie sich um eine regionale oder bereits ausgeprägte soziale Gruppe schart wie bspw. die skandinavischen Agrarparteien. Die Ant-wort auf die Fragen, was die Partei antreibt und was ihren Kern ausmacht, kann in ihrer Programmatik gefunden werden. Die politi-schen Konfliktpunkte der Piraten sind vor allem die aus ihrer Sicht unzeitgemäße Ausgestaltung des Urheber- und Patentrech-tes, die Furcht vor der Internetsensur und die strikte Ablehnung und Bekämpfung der Vorratsdatenspeicherung.

3.1 Inhaltliche Positionen der Piratenpartei

Die in Grundsatz- sowie Wahlprogramm³⁴ niedergelegten Themen und Forderungen der Piratenpartei ergeben sich aus dem für sie unaufhaltsamen und in vielen Bereichen

unseres Lebens bereits vollzogenen Wandel zur Informationsgesellschaft.³⁵ Dieser ist un-trennbar mit dem Horizont der Lebenswelt vieler ihrer Anhänger und Mitglieder ver-knüpft und wird von den Piraten mit dem Schlagwort der digitalen Revolution erfasst.³⁶

Den tiefgreifenden Konsequenzen dieser Umwälzung für Politik, Wirtschaft, Gesell-schaft und Kultur wollen sie mit ihren Posi-tionen gerecht werden. Es geht ihnen darum, die durch die digitale Revolution ausgelösten Konflikte im Sinne einer libertären Frei-heitsauffassung aus Sicht der Nutzer zu lösen. Thematisch widmet sich die Piratenpartei dabei, wie Abb. 3 verdeutlicht, fünf übergrei-fenden Bereichen, die in Partei- und Bundes-tagwahlprogramm zur Sprache kommen und im Folgenden kurz skizziert werden:

- Immaterialgüterrechte,
- Privatsphäre und Datenschutz,
- die praktische Ausgestaltung von De-mokratie, vor allem unter den Blick-winkeln der Transparenz und Bürger-beteiligung,
- Infrastruktur und
- Bildung.

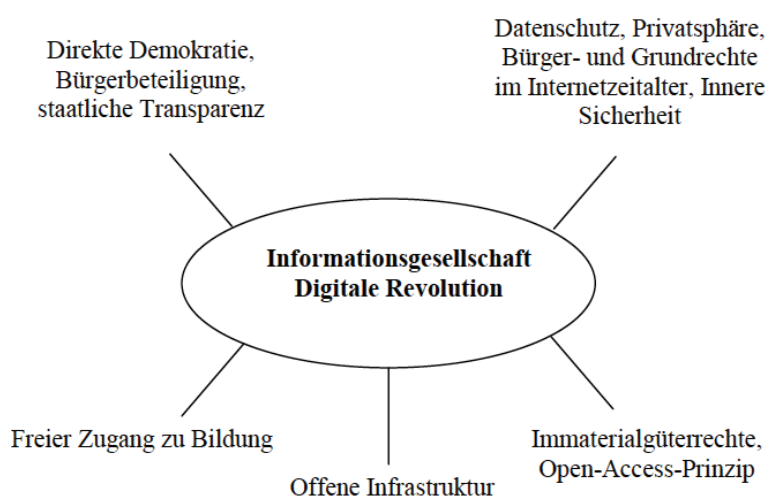


Abb. 3: Programmatische Schwerpunkte der Piratenpartei (eigene Darstellung)

Immaterialgüterrechte

Die Piraten wollen das Urheberrecht hin zu einer freien Verwendung und Kopierbarkeit von Daten im Internet reformieren. Sie wollen dieses Anliegen mit „neue[n] Geschäftsmodelle[n]“,³⁷ z. B. CreativeCommons-Lizenzen oder der Abschaffung von Zwischenhändlern, erreichen. Gleichfalls kritisieren sie das Patentrecht als Innovationshemmnis: Künftig soll es nach dem Willen der Piratenpartei keine Patente mehr auf Software, Geschäftsideen, Leben, Saatgut und Gene geben. Auch pharmazeutische Patente sollen im Hinblick auf ihren möglichen negativen ökonomischen Einfluss auf den Prüfstand gestellt werden. Und schließlich streben die Piraten einen kostenfreien Zugang zu öffentlich geförderter wissenschaftlicher Arbeit und entsprechenden Publikationen via das Prinzip „Open Access“ an. Hierbei wollen die Piraten das Prinzip des „Open Access“ auch auf die öffentliche Verwaltung ausdehnen, die sich zur Verbesserung ihrer Funktionsfähigkeit und Arbeitsweise ebenfalls auf das „Open Source“-Prinzip und den Einsatz freier Software stützen soll.³⁸

Privatsphäre und Datenschutz

Im sensiblen Bereich der Privatsphäre und des Datenschutzes nimmt die Piratenpartei eine explizit libertäre Position ein. Sie wendet sich strikt gegen präventive Strafverfolgungsmethoden sowie eine flächendeckende Überwachung des öffentlichen Raumes.³⁹ Sie will zudem das Briefgeheimnis zu einem „generellen Kommunikationsgeheimnis“⁴⁰ erweitern, das insbesondere auch für elektronische Medien wie das Internet greifen soll. Aus dem Grundgesetz leitet sie somit ein „Recht auf Anonymität“⁴¹ ab. Dazu gehört ebenfalls die Abschaffung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung. Die Freiheit der Kommunikation erheben die Piraten dabei in den Status eines Grundrechts.⁴² Dagegen soll die informationelle Selbstbestimmung, d. h. die Möglichkeit zur selbst-

bestimmten Kontrolle der Verwendung persönlicher Daten, aufgewertet und gestärkt werden, indem die kommerzielle Nutzung persönlicher Daten prinzipiell verboten wird, solange keine ausdrückliche Erlaubnis gegeben worden ist.⁴³

Generell soll beim Thema Datenschutz den Besonderheiten digitaler Daten, zum Beispiel ihrer potenziellen Langlebigkeit oder ihrer schwer kontrollierbaren Verbreitung, stärker Rechnung getragen werden. In diesem Zusammenhang lehnen die Piraten Einzelmaßnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit ab: Massengentests im Rahmen polizeilicher Ermittlungen und zentrale Datenbanken mit biometrischen Merkmalen finden ebenso wenig ihre Zustimmung wie die verbindliche Aufnahme biometrischer Daten in Passdokumente.⁴⁴

Mehr Transparenz und direkte Demokratie

In ihren programmatischen Äußerungen rufen die Piraten außerdem nach einer größeren Transparenz staatlichen Handelns. Der in ihren Augen „gläserne Bürger“ soll einem „gläsernen Staat“ weichen.⁴⁵ So wollen sie ein Recht auf Einsicht in Akten und Vorgänge von Staat und Verwaltung auf allen Ebenen, das allerdings seine Begrenzung „in den Bestimmungen zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, der nationalen Sicherheit, zur Verhinderung von Straftaten und ähnlichem“⁴⁶ finden soll. Laut Meinung der Piraten soll ein freier Zugang zu geeigneten Dokumenten durch digitale Medien eingerichtet werden. Zudem fordern sie mehr direktdemokratische Elemente in der Politik. Gewünscht werden Volksinitiative und -begehren, fakultatives und obligatorisches Referendum auf allen politischen Ebenen.⁴⁷ Mandatsträger sollen alle Nebeneinkünfte und -tätigkeiten, auch unentgeltliche, offenlegen und während ihrer Amtsperiode sowie mindestens in den zwei anschließenden Jahren keine Neben- und Folgetätigkeiten in Zusammenhang mit ihrem Amt übernehmen.⁴⁸

Infrastruktur

Der Piratenpartei ist ein freier Zugang zur Infrastruktur wichtig, der sich nicht nur auf Verkehrswege erstreckt. Sie fordern eine Verstaatlichung „natürliche[r] Infrastrukturmonopole“,⁴⁹ nämlich Wasser, Straße, Schiene und Strom. Aber vor allem das Internet findet eine herausgehobene Beachtung. Die Piraten wollen den allgemeinen Zugang und die flächendeckende Verfügbarkeit sicherstellen. Ein Ausschluss vom Internet stellt in ihren Augen eine schwerwiegende Bürgerrechtsverletzung dar. Dabei plädieren sie für die vollkommene Neutralität des Netzes gegenüber den sich darin befindenden und den darüber gesendeten Inhalten und sprechen die Netzbetreiber von der Verantwortung für diese frei. Dies schließt die Ablehnung jeglicher Internetfilter ein.⁵⁰

Bildung

Auf dem Feld der Bildung rückt für die Piraten das Recht auf den freien Zugang zu Information und Bildung in den Mittelpunkt. Der Staat soll eine effektive und „zweckmäßige“ Bildungsinfrastruktur finanzieren und kostenlos zur Verfügung stellen. So wollen die Piraten auch jede Art von „Bildungsgebühren“, bspw. die Studiengebühren, abschaffen.⁵¹ Die Lehrmittelfreiheit soll ausgebaut werden. Der freie Zugang zu Informationen und zu Bildung ist für die Piraten lediglich die logische Kehrseite derselben Medaille.

Das Bundestagswahlprogramm 2009 der Piratenpartei erweist sich als ein Forderungskatalog, der die Anliegen von Internetnutzern wie auch populistische Forderungen, bspw. gegen die Videoüberwachung, anspricht. Dieses Programm machte die Piratenpartei aber zu keiner „Programmpartei“ im eigentlichen Sinne. Klaus von Beyme weist als Kriterium vor allem auf die Stimmigkeit der einzelnen Forderungen im Sinne eines geschlossenen und zu den einzelnen Forde-

rungen nicht widersprüchlichen Gesamtentwurfs hin.⁵² Dies ist aber (noch) nicht der Fall. Beispielsweise ist das Freiheitslabel der Piratenpartei keineswegs hinreichend begründet, um die für eine Partei erforderliche inhaltliche Übereinstimmung zu stiften. Die Piraten verbergen hinter dem Flaggschiff der Freiheit höchst Unterschiedliches. So muss bspw. zwischen der positiven (Freiheit zu etwas) und der negativen Freiheitsvorstellung (Freiheit von etwas) differenziert werden. Um das erste Verständnis ins Werk zu setzen, bedürfte es immer erst gewisser materieller und politischer Bedingungen, die nicht bloß durch Demonstrationen gegen den Überwachungsstaat herbeigeführt werden könnten.⁵³

Der Jurist und Politikwissenschaftler Albrecht von Lucke bringt das Defizit der Piraten im grundsätzlich Politischen auf den Punkt: „Letztlich geht es darum zu definieren, in welchem Verhältnis die drei großen Werte der Moderne ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ (bzw. Solidarität) für die Piratenpartei zueinander stehen. Daran wird sich klären müssen, ob eine Partei in Zukunft eher rechts- oder linksliberal ist. Alles andere ist letztlich unpolitisch und eine Illusion.“ Zumal dies auch für die Abgrenzung der Partei gegenüber extremistischen Strömungen von großer Bedeutung sein werde: „Wird diese Debatte um das konkrete Freiheitsverständnis der neuen Partei jedoch nicht ernsthaft geführt, wird man sich nicht darüber wundern können, wenn sich auch in Zukunft hinter dem Piraten-Label alle möglichen zwielichtigen ‚Freiheitlichen‘ versammeln werden.“⁵⁴

So besitzt diese programmatische Unschärfe Risiken: Denn wer nur einen Aspekt der Welt sehen will, ist für alle anderen blind. So kritisiert der Journalist Jörg Sundermeier: „Blind ist die Piratenpartei auch für dubiose Gestalten in ihren Reihen. [...] Was sich nicht definiert, kann noch definiert werden. Man bastelt seine Piraten selbst. Die Pira-

tenpartei ist die Partei jener, denen Politik egal ist, die dieses aber vor anderen und vor sich selbst nicht zugeben wollen. Und sie lässt sich willfährig benutzen.“⁵⁵

Diese Grundsatzarbeit wird in der Praxis aber weniger im Rahmen von Sonntagsreden oder politikwissenschaftlichen Kolloquien von Bedeutung sein. Ein gedanklicher programmatischer Überbau unterscheidet politische Parteien erst von an Einzelforderungen interessierten Lobbygruppen oder allein an Stimmungsthemen ausgerichteten Protestparteien. Erst ein stimmiges Gesamtprogramm wird ein Gemeinwohlinteresse für sich reklamieren und damit politische Verbindlichkeit herstellen können.

Ein solches Gesamtprogramm war aber noch keiner Partei in die Wiege gelegt. Es ist erst im Laufe der Parteigeschichte erarbeitet worden. So gesehen ist die Piratenpartei programmatisch erst in der Entstehungsphase und der reinen Artikulationsphase einzelner Themen noch nicht erwachsen. In ihrem Partei- und Wahlprogramm dominieren eindeutig die verknüpften Themen Informationsgesellschaft und digitale Revolution. Allerdings werden innerhalb dieser thematischen Klammer unterschiedliche Themen, z. B. Bildung, Innere Sicherheit, Direkte Demokratie, bearbeitet. So kann die Piratenpartei als eine Single-Issue-Partei aufgefasst werden, die sämtliche Themenfelder durch die Brille des informationstechnischen und medialen Wandels hindurch betrachtet, der für sie sämtliche Gesellschaftsbereiche betrifft und damit auch die Bedingungen für politisches Handeln fundamental verändert. So wird die Piratenpartei mitunter verkürzt aufgefasst als „Bewegung, die sich nicht weniger, aber eben auch nicht mehr als die Freiheit im Internet auf die Fahnen geschrieben hat“.⁵⁶ Für diese Auffassung spricht, dass Steuer-, Gesundheits-, Renten-, Arbeits-, Verteidigungs-, Energie- und Umweltpolitik keine Erwähnung finden. Zur Einbettung Deutschlands in das europä-

ische Mehrebenensystem lassen sich nur die bereits erwähnte Forderung nach einer verschärften Kontrolle der Weitergabe von Daten und der Ruf nach der Begutachtung von Vorschlägen zu neuen Maßnahmen im Bereich der Inneren Sicherheit durch die Europäische Grundrechteagentur⁵⁷ konstatieren. Jedoch ist die Piratenpartei keine bloße Ein-Themen-Protestpartei und eine pauschale Verengung auf die Forderung „Raubkopieren legalisieren“ zu simpel. Denn unter dem Schlagwort der digitalen Revolution findet deutlich mehr Erwähnung als nur die Freiheit des Internets. Die meisten Anknüpfungspunkte an weitere einschlägige Politikfelder lassen sich in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaft und Kultur ausmachen.

Ihren eingeschränkten thematischen Horizont verkaufte die Piratenpartei dabei durchaus offensiv. Ihre enge thematische Positionierung sollte ganz bewusst als Ausweis von Kompetenz, fachspezifischer Professionalität, vor allem aber Glaubwürdigkeit und Seriosität dienen. Die Argumentationslinie, nur diejenigen Themen und Forderungen zu vertreten, die durch die eigene Kompetenz wirklich getragen werden können, wurde daher bewusst zur Mitgliederwerbung und offensiv als Abgrenzungskriterium zu den etablierten Parteien eingesetzt.⁵⁸ Im Vordergrund ihrer programmatischen Forderungen steht demzufolge eine Protesthaltung gegen die etablierten Parteien: Protest, den sie äußern, obwohl einige ihrer Forderungen von manchen etablierten Parteien auf dem politischen Markt sogar aufgegriffen wurden.

3.2 Die programmatischen Positionen der Piratenpartei im Parteienwettbewerb

Vergleicht man die Kernpunkte und Forderungen der Piratenpartei mit den im Bundestag vertretenen Parteien, ergeben sich durchaus einige Schnittmengen (vgl. Abb. 4).

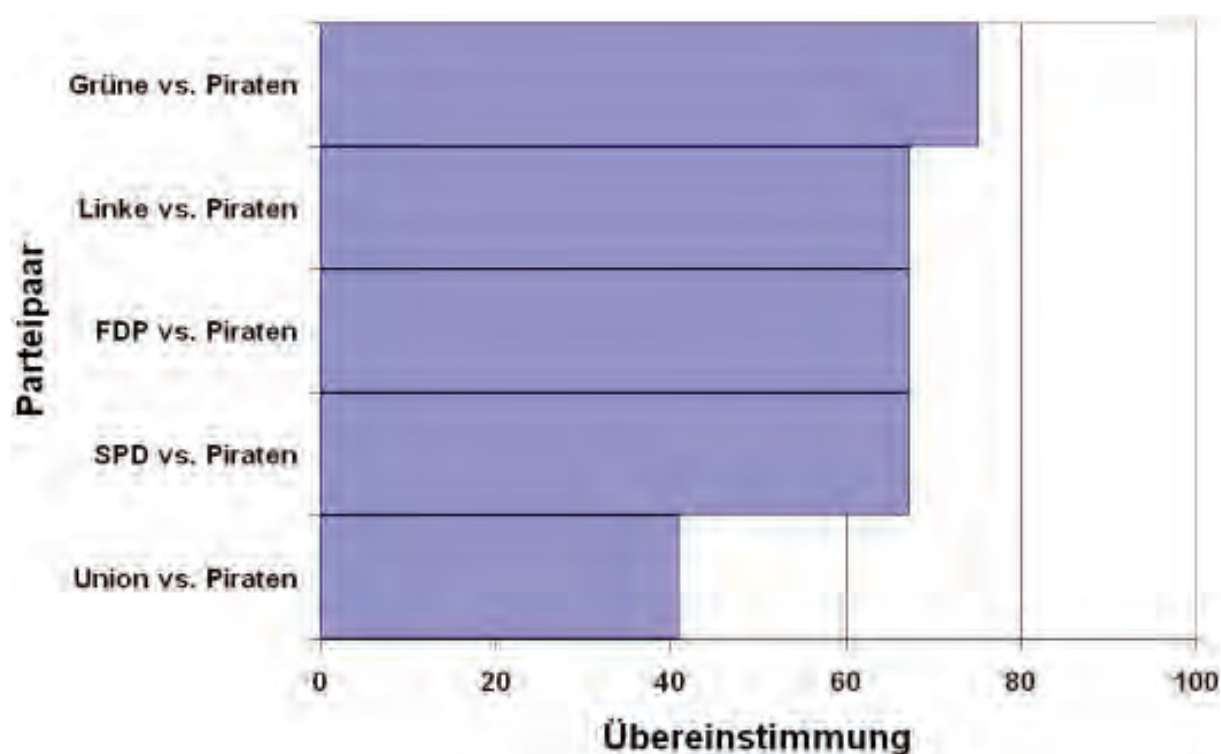


Abb. 4: Programmatische Übereinstimmung der Piratenpartei mit den etablierten Parteien anhand des „Wahl-O-Mats“⁵⁹

So ist das Thema Internet zwar mittlerweile in allen Wahlprogrammen angekommen, es nimmt aber insgesamt bei den drei kleineren Parteien eine prominentere Stellung ein.⁶⁰ Vor allem mit Bündnis 90 / Die Grünen und mit der Linkspartei, aber teils auch mit der FDP bestehen Gemeinsamkeiten. Alle drei Parteien betonen beispielsweise den flächendeckenden Zugang zum Breitbandnetz für eine möglichst hohe Beteiligung der Bürger am Internet, auch wenn bei der Umsetzung unterschiedliche Wege beschritten werden sollen. Die Reform des Urheberrechts wollen sie ebenfalls angehen, wobei sich der FDP-Vorschlag als konträr zur Vorstellung der Piraten erweist.⁶¹ Die Linke will durch eine Modernisierung des Urheberrechts „das Recht auf Privatkopien und Kopien für Bildungs- und Forschungszwecke langfristig sicherstellen“.⁶² Bei den Grünen finden sich unter dem Punkt „Freiheit auf allen Ebenen“ zahlreiche Passagen, denen die meisten Piraten, gemessen an ihrem eigenen Wahlprogramm, sogar im Tonfall zustimmen dürften – etwa

zu den Themen Open Source-Software, Open Access, Open Business-Modelle der neuen kreativen Digitalwirtschaft und Reform des Urheber- und Patentrechts und Privatsphäre im Internet.⁶³ FDP, Grüne und Die Linke wenden sich in den Wahlprogrammen der Bundestagswahl 2009 gemeinsam ebenfalls gegen Online-Durchsuchung und Vorratsdatenspeicherung, zumindest in der zu diesem Zeitpunkt existierenden Form. Auch im Bereich Bildung (Freiheit der Bildung durch Verzicht auf Gebühren) finden sich durchaus kompatible Vorstellungen und Forderungen. Dementsprechend eng liegen die genannten Parteien im ideologisch-programmatischen Raum beieinander (vgl. Abb. 5).

Trotz dieser programmatischen Schnittmengen unterschieden sich die drei damaligen Oppositionsparteien von der Piratenpartei. Ihr programmatischer Schwerpunkt lag nicht auf dem Thema „digitale Revolution“. Nicht nur einzelne Forderungen, sondern auch die allgemeine Schwerpunktsetzung und die the-

matische Konzentration mit „radikal-protestierenden“ Einstellungen auf die Themensetzung „digitale Revolution“ ergaben die „Unique-selling-Proposition“⁶⁴ der Piratenpartei.

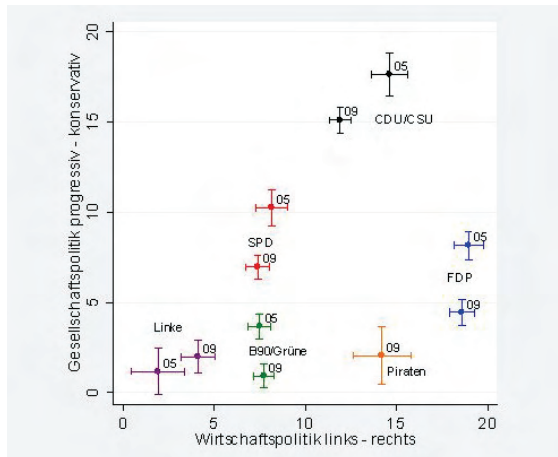


Abb. 5: Ideologisch-programmatische Positionierung der Piratenpartei im Parteiensystem⁶⁵

Folglich ist ihre Stellung im Parteienwettbewerb die eines Außenseiters. Die Partei prägt bzw. beeinflusst ihn nicht maßgeblich. Ihr ist es aber gelungen, eine breite Öffentlichkeit für ihre Forderungen zu sensibilisieren. So wurde etwa die umstrittene Sperrung von Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten im Oktober 2009 für ein Jahr ausgesetzt. Währenddessen soll die Polizei daran

arbeiten, die entsprechenden Seiten selbst zu löschen. Das Bundeskriminalamt soll keine Sperrlisten führen oder weitergeben.⁶⁶

Ihr Ziel, bei der Bundestagswahl die 5-Prozent-Hürde zu überwinden, konnte die Piratenpartei nicht verwirklichen. Sie trat jedoch in allen Bundesländern außer Sachsen an und es stimmten in absoluten Zahlen 46.770 Wähler mit ihrer Erststimme (0,1 %) und 847.870 mit ihrer Zweitstimme (2,0 %) für sie. Damit wurden die Piraten, bundesweit gesehen, die stärkste der Kleinstparteien und auf Anhieb stärker als alle rechtsradikalen Parteien. Gute Ergebnisse wurden in Hamburg, Brandenburg, Thüringen, vor allem aber in Berlin (3,4 %) erlangt. Am schwächsten schnitt sie im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ab. Insgesamt markiert die Bundestagswahl damit das beste Ergebnis, das die Piraten seit ihrer ersten Wahlteilnahme in Hessen 2008 einfahren konnten (vgl. Abb. 6).

Alles in allem lässt sich konstatieren, dass sich die Piratenpartei gegenwärtig in einer Übergangsphase von Kleinst- zur Kleinpartei⁶⁷ befindet, indem zumindest die erste von vier Etablierungsschwellen,⁶⁸ nämlich die Legitimationsschwelle, genommen wurde. Mit den Forderungen der Piraten setzt sich die politische Öffentlichkeit, wenn auch nicht immer in ihrem Sinne auseinander.

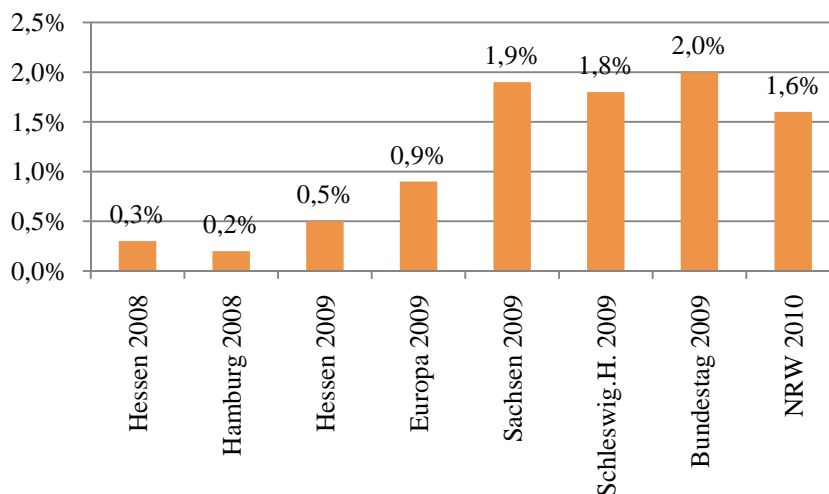


Abb. 6: Wahlergebnisse der Piratenpartei (Zweitstimmen)⁶⁹

4. Parteiorganisation im Zeichen des Internets

Neben einer eigenständigen Programmatik zeichnen sich Parteineugründungen durch die Qualität ihrer Parteiorganisation aus. Beispielsweise hatte die neu gegründete Forza Italia im Vergleich zu den frisch gegründeten Grünen in Deutschland nicht nur unterschiedliche programmatische Forderungen, sondern ihr divergierendes Selbstverständnis drückte sich in ganz unterschiedlichen Organisationsformen aus. Waren die deutschen Grünen betont basisdemokratisch, stand bei Forza Italia ihr Gründer Silvio Berlusconi im Zentrum. Als Vorsitzender wurde er nicht einmal gewählt, sondern er traf die Auswahl der Parlamentskandidaten zunächst vollkommen selbstständig.⁷⁰

Die organisatorische Qualität der Piratenpartei lässt sich an ihrem diesbezüglichen Selbstverständnis und an der Art und Weise messen, in der die Partei ihren Willensbildungsprozess gruppiert.⁷¹

Das organisatorische Selbstverständnis einer Partei wird in zweifacher Hinsicht aus der Repräsentationsidee gespeist:

- Wen will die Partei repräsentieren?
- Wie will die Partei repräsentieren?

Eine Parteigründung erfolgt nicht im luftleeren Raum. Vielmehr wird diese von politischen Akteuren betrieben, die ganz unterschiedliche politische Anliegen haben können. Zweifelsohne ist die Piratenpartei eine Grassroots-Bewegung, die aus der Gesellschaft entstanden ist und nicht von einem charismatischen Führer ins Leben gerufen wurde. Ihre Existenz bedeutet aber noch nicht, dass sie als intermediäre Organisation zwischen Gesellschaft und Staat verankert ist und ein eigenes, relativ stabiles Wählerpotenzial besitzt. Diesen Sachverhalt greift Thomas Poguntke mit seinem Konzept der Linkages auf⁷² und definiert in Anlehnung

an frühere Konzeptualisierungen des Begriffs Linkage folgendermaßen: „Linkage ist [...] mehr als nur Kommunikation; vielmehr beinhaltet sie, allgemein formuliert, einen Mechanismus, der die Politik der Eliten an die Präferenzen der Bürger zurückbindet“⁷³ bzw. „der politische Parteien mit relevanten Organisationsumwelten verbindet [...], um so ihr organisatorisches Überleben zu sichern [...]“.⁷⁴

Diese Verbindungen können auf zwei Weisen erfolgen (vgl. Abb. 7):

Erstens über direkte Verbindungen zu den Wählern und zweitens mittels „organisatorische[r] Vermittlungsinstanzen“⁷⁵ bzw. neben den Mitglieder- auch „Kollateralorganisation[en]“⁷⁶, d. h. programmatisch nahestehender Organisationen, die aber nicht offizieller Teil der Partei sind.⁷⁷

Dieser indirekte Kontakt zu den Wählern mittels „befreundeter“ Organisationen ist bei der Piratenpartei schwach ausgeprägt. Hierbei unterscheiden sich die Piraten von früheren Gründungen wie den Grünen oder der WASG. Während Letztere von einzelnen Gewerkschaftsführern unterstützt wurde, konnten sich die Grünen auf ein Wurzelgeflecht von Neuen Sozialen Bewegungen stützen. Im Gegensatz dazu kann die Piratenpartei weder auf die Unterstützung existierender Großorganisationen noch auf eine Art von einer Neuen Sozialen Bewegung, die die Freiheit des Internets verteidigen wollte, zurückgreifen.⁷⁸ Jedoch hält Klaus Hurrelmann die Piratenpartei für einen möglichen Kristallisationspunkt einer sich neu herausbildenden gesellschaftlichen Gruppe, die sich durch „ganz sensible Komponenten des Lebensgefühls der jungen Generation – sich durch frei verfügbare Technik autonom und ohne Kontrolle von Autoritäten in der Gesellschaft bewegen zu können“ – konstituiert.⁷⁹

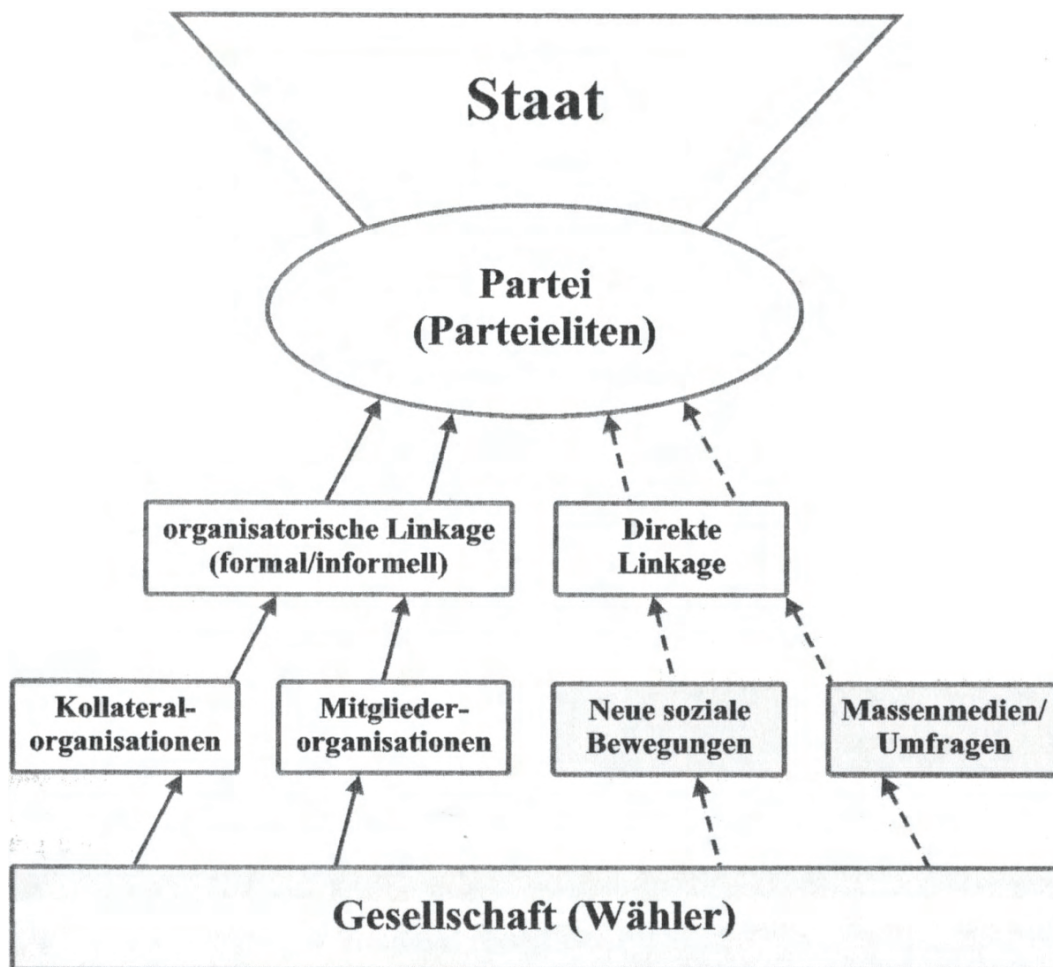


Abb. 7: Partei als Bindeglied: Linkage zwischen Staat und Gesellschaft⁸⁰

Gemessen an strukturierten Organisationen, besitzt die digitale Welt keine klassischen Vorfeldorganisationen, die im Rahmen der politischen Interessenfindung vorsortieren und gleichzeitig zugunsten dieser Interessen politische Unterstützung für eine Partei mobilisieren: zum Einen, weil sie organisatorisch nicht hilfreich, und zum Anderen, weil sie für die Zielgruppenansprache nicht notwendig sind.

So konzentrieren sich die Piraten auf direkte Linkages, d. h. auf eine eigene Mitgliedschaft und direkte Unterstützer.⁸¹ Sie versuchen durch Mitwirkungsrechte ihre Responsivität zu den Mitgliedern herzustellen und indivi-

duelle Unterstützung zu erhalten. Im Idealfall soll der innerparteiliche Entscheidungsprozess der Piratenpartei auf der Ebene der Mitglieder und Unterstützer ablaufen und nach einem breiten Diskurs in einen Konsens münden, der schließlich mit dem formalen Parteitagbeschluss zur offiziellen Parteilinie avanciert. Eine Untergliederung in Form von Kollateralorganisationen kennt dieses Verfahren nicht und sie gibt es bis auf die Jugendorganisation der Piratenpartei, die Jungen Piraten (JuPis), auch nicht.

Folglich besteht der Kern ihres organisatorischen Selbstverständnisses in einem basispartizipatorischen Willensbildungsprozess.

Ihr Selbstanspruch besteht im Teilnahme- und Mitspracherecht für jedes Parteimitglied und jeden Interessierten, wobei das offizielle Stimmrecht auf Parteitag oder Aufstellungsveranstaltungen von Direkt- und Listenkandidaten gemäß dem Parteienrecht nach wie vor ausschließlich den eingetragenen Mitgliedern vorbehalten ist.⁸² Gegenüber den anderen Parteien wollen sich die Piraten abgesehen davon jedoch als besonders antihierarchisch präsentieren. Dieses anspruchsvolle Ziel soll mit Hilfe der neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien verwirklicht werden. Allerdings ergeben sich aus diesem Selbstverständnis organisatorisch-strukturelle Schwierigkeiten. Neue Technologien alleine können die Notwendigkeit nicht beseitigen, einen Willensbildungsprozess so durchzuführen, dass an dessen Ende ein politikfähiger Standpunkt erreicht ist.

Mit Blick auf ihren innerparteilichen Organisations-, Kommunikations- und Entscheidungsprozess lautet der Anspruch der Piraten, die Arbeit und Entscheidungsfindung möglichst auf unterster Ebene und so inklusiv wie möglich zu vollziehen. Kommunikation verläuft in der Partei nach dem Prinzip „many-to-many“, und gerade nicht „one-to-many“, d. h. von oben nach unten. Folglich gründet sich die Piratenpartei als erste deutsche Partei originär auf internetgestützte „many-to-many“-Verfahren – hierin liegt ihre organisatorische Novität. Damit stellt sich die Frage, wie sich das Kommunikations-, Organisations- und Partizipationsverständnis der Piraten in der Rolle und im Status der Mitglieder niederschlägt und welche Ausformung die Organisationsstruktur dadurch erhält.

Hierbei ist zunächst zu untersuchen, aus welchem Interesse heraus jemand Parteimitglied bei den Piraten werden will. Die Parteienforschung kennt vor allem drei Gründe für eine Parteimitgliedschaft:⁸³

- Ein zukünftiges Parteimitglied will dieser sozialen Gemeinschaft angehören

und wird aufgrund von sozialen Netzwerken wie Freunden, Bekannten oder auch der eigenen Familie Mitglied einer Partei.

- Ein politisch Interessierter will seine Zustimmung zu einem Programm oder einer politischen Forderung affirmativ durch seinen Beitritt bekräftigen.
- Ein politisch Interessierter will sich politisch aktiv engagieren und wird Mitglied einer Partei, um dort Partizipationsrechte zu erhalten.

Nun wird diese Studie nicht klären können, welche Gründe letztlich für die Parteimitgliedschaft bei den Piraten überwiegen. Dafür müssten zunächst quantitative und qualitative Umfragestudien durchgeführt werden. Ein Punkt ist aber als rationale Kausalannahme plausibel: Der in der Parteienforschung als moderner Beweggrund genannte Partizipationsanreiz⁸⁴ trifft bei den Piraten wohl nicht zu, da eine Mitgliedschaft keine wesentlichen neuen Anreize bereithält als jene, die schon für ungebundene Interessierte bestehen. Das mag vielleicht auch ein Grund dafür sein, dass die Mitgliederwerbung überwiegend im Internet, insbesondere durch die Vernetzung über Blogs und Foren, erfolgt.⁸⁵

Dagegen scheint der eher traditionelle Grund für einen Parteieintritt – das Gemeinschaftserlebnis – durchaus relevant für die Mitgliedschaft in der Piratenpartei zu sein. Gerade der große Zuspruch bei den jungen, internetaffinen Menschen dürfte zu einem guten Teil in einem „Zauber der Gemeinschaft im Netz“ zu finden sein. So haben die Anhänger „sofort den Eindruck, Teil einer lebendigen Bewegung zu sein“.⁸⁶ Social incentives, die den Bedürfnissen und Forderungen der Internetgeneration entgegenkommen, spielen neben anderen herkömmlichen Anreizen für eine Parteimitgliedschaft hier eine gesteigerte Rolle. Damit ist ein weiterer Aspekt der Parteienforschung angesprochen, auf den Peter Lösche aufmerksam macht: Da-

nach wohnt zwar einer Parteimitgliedschaft immer ein politischer Impetus inne. Es wird aber nicht nur der rationale politische Nutzen erwogen, sondern es kommt auch ein sozialer Gesichtspunkt hinzu, der aus der „Gemeinschaft“ Partei hervorgeht.⁸⁷ Jedenfalls scheint dieser soziale Anreiz den Piraten durchaus etwas wert zu sein, denn im Gegensatz zur schwedischen Piratenpartei ist die Mitgliedschaft nicht kostenlos.⁸⁸ Einen Hinweis auf die Bedeutung der sozialen Dimension der Parteimitgliedschaft geben die zahlreichen Stammtische auf kommunaler Ebene. Diese werden zwar via Internet einberufen und finden im Beisein zahlreicher Laptops statt, sie dienen jedoch jenseits der Virtualität einerseits der auf Effektivität ausgerichteten Planung und Abwicklung traditioneller Parteiarbeit, andererseits aber sehr wohl auch der (sozialen) Gemeinschaftspflege.⁸⁹

Ein Blick auf die Zahlen zeigt jedoch, dass die Mitgliederrekrutierung im Internet nicht zwangsläufig leichter vonstatten geht als mit herkömmlichen Mitteln: Vor der Europawahl 2009 wuchs die Mitgliederzahl nur langsam an. Erst mit der zunehmenden Bekanntheit im Zuge einer vermehrten Berichterstattung gewann die Partei erheblich an Mitgliedern, um wieder nach der Bundestagswahl deutlich an Schwung zu verlieren. Derzeit hat sie einen gewissen „Sättigungswert“ erreicht, der sich gleichwohl im Vorfeld der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nochmals etwas stärker erhöht hat. Festzuhalten bleibt, dass er auch nach der Zeit des stürmischen Zulaufs auf niedrigem Niveau bisher netto positiv und stabil ist, was anders als aktuell offensichtlich bei der Piratpartei in Schweden (siehe Kap. 2) gegen einen bloßen, zeitlich begrenzten Eventcharakter spricht (vgl. Abb. 8 und 9).

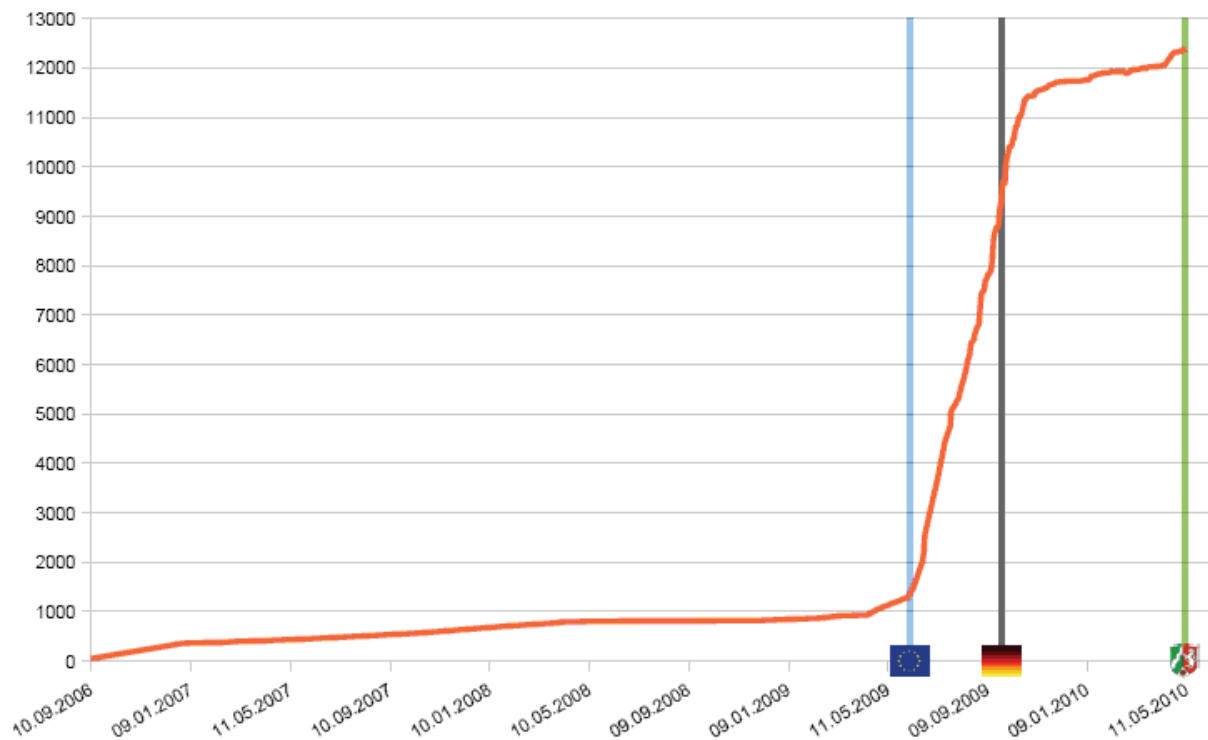


Abb. 8: Mitgliederentwicklung der Piratenpartei⁹⁰

Die Piraten setzen in ihrer Willensbildung aber nicht ausschließlich auf Mitglieder, sondern vor allem auf den weiteren Kreis der Parteiidentifizierer. Die Parteienforscher unterscheiden zwei Arten von konstanten und überzeugten Parteianhängern. Erstens existiert das „klassische“ Muster des direkten Eintritts in die Partei, bei dem man offi-

zielles Mitglied wird. Zweitens gibt es „Parteiidentifizierer“ ohne Eintrag in der Mitgliederkartei.⁹¹ Sie gehören zu den treuen Unterstützern der Partei, die – bspw. in den Vereinigten Staaten – sogar partizipatorische Rechte bei den Vorwahlen genießen. Dem steht das deutsche Wahl- und Parteienrecht entgegen (s. o.).

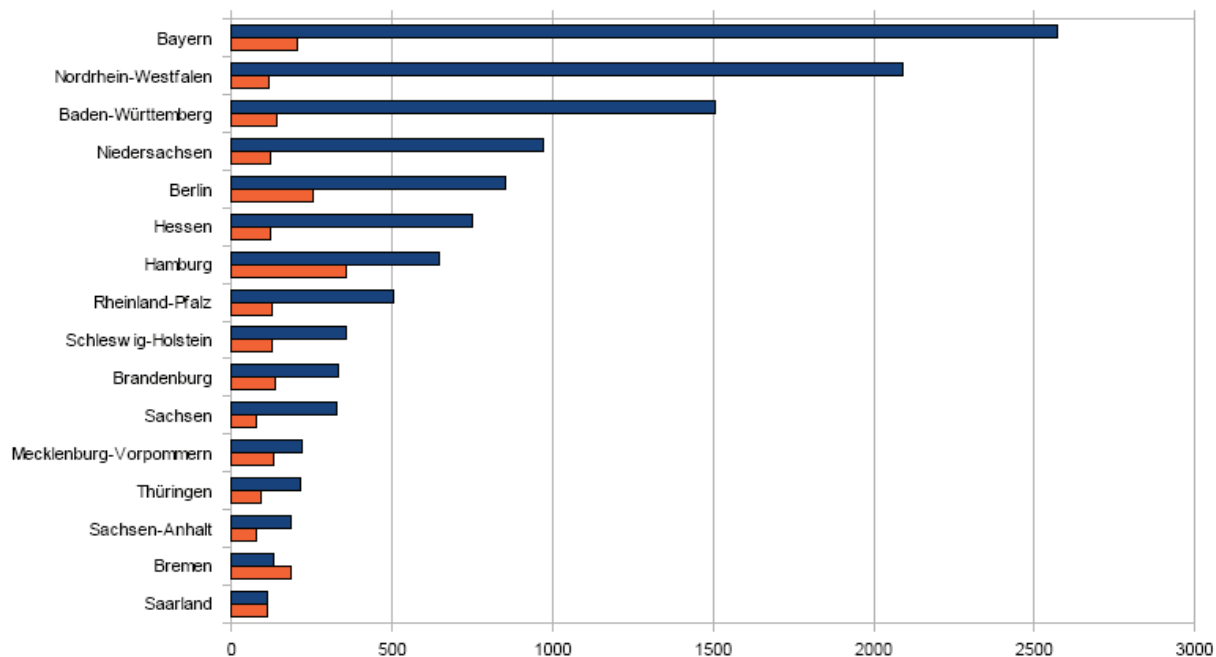


Abb. 9: Mitglieder der Piratenpartei in den Bundesländern; blau: Mitglieder absolut; rot: Mitglieder pro Millionen Einwohner⁹²

Die Piratenpartei möchte nun in der digitalen Welt beides verbinden. Ihre organisatorische Zukunftsperspektive der „Liquid Democracy“, von der sich zwei Komponenten zurzeit bei den Landesverbänden Berlin und NRW bzw. dem Kreisverband Münster in der Erprobungsphase befinden, versucht, direkte und repräsentative Demokratieelemente miteinander zu verbinden. Durch den Einsatz von IT, z. B. Online-Abstimmungen, können breite Abstimmungen innerhalb der eigenen Anhängerschaft zeitlich schnell, ohne einen großen organisatorischen Aufwand und flächendeckend stattfinden. Basisdemokratie soll so auch gerade in größeren Gruppen realisiert werden. Theoretisch soll jeder Interessierte daran teilnehmen können.⁹³

So soll der Unterschied zwischen Mitglied und Unterstützer minimiert werden. Bei einem starken Akzent auf Offenheit und Transparenz sowie auf das Internet als Kommunikationsfläche ist die Exklusivität gewisser Informationen für Mitglieder kaum herzustellen bzw. einzuhalten. Auch Nicht-Parteimitglieder gestalten den innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozess mit, indem sie mittels der Wiki-Struktur,⁹⁴ der mannigfaltigen Arbeitsgemeinschaften und des Forums an den virtuellen Tisch geholt werden.

Dieser innerparteiliche Willensbildungsprozess hat aber zwei Nachteile, die bis heute nicht gelöst sind: Erstens ist er im Grund

direkt-partizipatorisch und nicht direkt-demokratisch. Er bindet zahlreiche Personen ein, stößt aber an seine Grenzen, verbindliche Entscheidungen zu treffen. Der Demos – d. h. die verbindlichen Mitglieder einer Gemeinschaft – ist aufgrund der eigenen Organisationslogik nicht klar definiert. Durch ihre flexiblen Organisationsformen und ihr weniger dauerhaftes, punktuelles Engagement verlieren nicht nur die individuelle Beteiligung an Verbindlichkeit, sondern auch die politischen Aussagen selbst, da nicht klar ist, wer sie in wessen Namen trifft. So stellt Özlem Topcu fest: „Wichtiger als inhaltliche Themen ist der Prozess der Themenfindung. Der soll im Internet stattfinden, gemeinsam mit Wählern und Bürgern. Jeder, der will, soll sich an der Diskussion beteiligen. Wie das aber konkret zu Ergebnissen führen soll, weiß in der Partei noch keiner.“⁹⁵

Zweitens besitzt die Partei kein strategisches Entscheidungs- und Machtzentrum. Das führt nicht nur zu einem Strategiedefizit der Piratenpartei, sondern auch zu einem Verantwortungsdefizit aufgrund fehlender politischer Führung. Denn politische Führung ist ohne klar geregelte Entscheidungsstrukturen in der Demokratie nicht möglich. Organisation ermöglicht Rationalität und Effizienz, die nicht dauerhaft aus improvisierten Strukturen heraus erzeugt werden können.⁹⁶

Der Parteichef der Piratenpartei Jens Seipenbusch bringt das Defizit ihres Willensbildungsprozesses auf den Punkt: „Wir müssen professioneller werden und unser Potenzial in konkrete Forderungen übersetzen.“⁹⁷

So entstanden sowohl das Partei- als auch das Wahlprogramm der Piratenpartei durch die Beteiligung von und die Diskussionen unter den Mitgliedern im Sinne einer „Open Source-Partei“ (siehe Kap. 2 und 3). Dabei erfolgt das Prinzip der Aggregation in erster Linie durch eine formale Hürden entbehrende Selbstorganisation,⁹⁸ beispielsweise auch durch Spezialisierungsmöglichkeiten in Gestalt von Arbeitsteilung via Internet.⁹⁹

Die Piratenpartei gleicht in ihrer Organisationsstruktur weniger einer klassischen Partei, sondern eher einem Netzwerk. Sie wird nicht durch klare Strukturen, sondern ein paar Gemeinsamkeiten zusammengehalten und scheint sich für eine temporäre Entscheidungsfähigkeit gegenüber einem maximalen Kommunikationsinteresse entschieden zu haben. Ihr vorrangiges Parteiziel¹⁰⁰ scheint eindeutig die innerparteiliche Partizipation zu sein.

Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Piratenpartei stellt sich jedoch auch die Frage nach ihrer dauerhaften Strategiefähigkeit.¹⁰¹ So mag sie zwar momentan durch das Primat der innerparteilichen (Netz-) Demokratie im Gegensatz zu einer Dominanz durch die Parteiführung gekennzeichnet sein, Letztere lässt sich zumindest von außen noch nicht ausmachen. Jedoch muss insbesondere ihr Alternativmodell zum Delegiertenprinzip¹⁰² seine Praktikabilität im Falle weiter steigender Mitgliederzahlen und der angestrebten inhaltlichen Verbreiterung erst noch beweisen. Soll die Strategiefähigkeit erhöht werden, zöge dies wohl die Herausbildung einer Führungselite nach sich, wenn nicht effiziente neue Formen innerparteilicher Willensbildung¹⁰³ auf Dauer etabliert werden können. Denn allgemein gehen breite Partizipationsmöglichkeiten zumeist zu Lasten der strategischen Handlungsfähigkeit.¹⁰⁴ Damit ist aus Sicht der Parteienforschung angesprochen, dass Parteien generell ein strategisches Zentrum benötigen. Die unterschiedlichen Interessen müssen in einen moderierten Diskurs, der in verbindliche Entscheidungen mündet, geführt werden.¹⁰⁵ Das derzeitige Partizipationsmodell erhöht die Abstimmungskosten im Vorfeld von Entscheidungen zusehends. Letzten Endes gilt es deshalb auch für die Piratenpartei, den „Spannungsbogen zwischen Identität des innerparteilichen Lebens und dem strategischen Handeln auf dem politischen Markt“¹⁰⁶ bewältigen zu müssen.

Diese Zusammenhänge scheinen auch Jens Seipenbusch bewusst zu sein, wenn er „Reorganisationen“ und „Anpassungen der Strukturen“ anmahnt, ohne die sich die Partei „für längere Zeit lahmlegen“ werde. Er bemerkt, dass „[w]ir [...] die Kommunikation in der Partei besser regulieren [müssen], je größer sie wird“.¹⁰⁷

Dieser Mangel an Strukturen wirkt sich negativ auf die Konsolidierung der Partei aus. Das Fehlen organisatorischer Stringenz birgt offensichtlich Risiken. „Einige der unhierarchischen Strukturen, die für viele Piraten-Wähler mindestens so wichtig gewesen sein dürften wie deren Inhalte, werden der Partei langsam zum Hindernis.“¹⁰⁸ Deutlich wird dies bei der Schwierigkeit, inhaltliche Beschlüsse zu fassen. Stattdessen verheddert sich die Partei in langwierigen Diskussion und Uneinigkeiten über Verfahrensabläufe.¹⁰⁹ Es waren ebenfalls organisatorische Mängel, die fast die Inanspruchnahme der Parteienfinanzierung verhinderten.¹¹⁰ Hinzu kommt ein innerparteiliches Kommunikationsgeflecht, bestehend aus Forum, Wiki und Mailinglisten, das zumindest für Außenstehende nur noch mühsam zu durchblicken ist. Der Ton nimmt innerhalb der geführten Debatten an Schärfe zu, wohl auch deshalb, weil der Kommunikationsstrom nicht strukturiert verläuft.¹¹¹

Insgesamt zeigt sich mit Blick auf den Zusammenhang von Parteiorganisation und Internet: Nicht die Existenz des Internets als

neues Medium alleine ändert die Organisation und Struktur von politischen Parteien. Vielmehr kommt es auf die spezifische Nutzung des entsprechenden Kommunikationspotenzials an wie auch auf das Erkennen und Bearbeiten bzw. Entschärfen der damit verbundenen kommunikativen Fallstricke. Einerseits sichert das Internet einen permanenten und intensiven Verhandlungs- und Diskussionsprozess zwischen den verschiedenen Ebenen sowie eine beständige Rückbindung an Basis und Wähler bzw. Anhänger. Das Besondere an der Piratenpartei ist somit eine Anhängerstruktur, die sich der neuen Möglichkeiten des Kommunizierens im Internet bedient und dadurch Hierarchiestrukturen vermeidet oder nur schwach ausprägt. Bezeichnenderweise erweist sich der Mangel an formalisierten Entscheidungsstrukturen jedoch andererseits als janusköpfig. Denn die im Laufe der Zeit sichtbar gewordenen Probleme und Brüche gehen exakt darauf zurück: Die Nachprüfbarkeit, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit der jeweiligen Positionsbestimmung können nicht sichergestellt werden. Im Kern angelegt ist dies im Spannungsfeld zwischen einem ausreichenden Output auf der einen und einem lediglich geringfügig strukturierten innerparteilichen Willensbildungsprozess auf der anderen Seite. Momentan baut die Attraktivität der Piratenpartei darauf auf, eine für die Beteiligung aller offene Graswurzelbewegung zu sein. Dies trägt jedoch beim gleichzeitigen Mangel effektiver Steuerung und Kanalisation der Basisaktivitäten den Keim des Scheiterns in sich.

5. Mehr als ein Issue? Die Wählerschaft der Piratenpartei

Abschließend sollen die langfristigen Auswirkungen auf das Parteiensystem in Deutschland untersucht werden, also die Frage: Wer unterstützt die Piratenpartei? Dabei soll der Schwerpunkt auf dem qualitativen Hintergrund möglicher Unterstützer liegen: Denn eine gesellschaftliche Konfliktlinie muss nicht gleichzeitig eine parteipolitische sein. Darauf haben schon Lipset und Rokkan hingewiesen: „Cleavages do not translate themselves into party oppositions as a matter of course.“¹¹²

Vielmehr leiten sich aus dem Entscheidungsspielraum der Akteure in Gesellschaft und Parteienlandschaft nach Oskar Niedermayer¹¹³ mehrere mögliche Formen der Beziehungen der gesellschaftlichen zur parteipolitischen Konfliktkonstellation ab:

- Eine gesellschaftliche Konfliktlinie wird durch neue Parteien politisch organisiert.
- Eine (neue) gesellschaftliche Konfliktlinie wird in das bestehende Parteiensystem integriert.
- Eine gesellschaftliche Konfliktlinie wird ausschließlich außerhalb von Parteien gesellschaftlich organisiert (beispielsweise in Verbandsform).
- Die Riten der existierenden Parteien entscheiden, welche gesellschaftliche Konfliktlinie sie in welcher Form zur Grundlage des Parteienwettbewerbs machen. Konfliktlinien können schließlich nach Giovanni Sartori nicht nur überbrückt, sondern gerade auch gestärkt und aktiviert werden, um den Parteienwettbewerb anschaulich zu gestalten.¹¹⁴
- Parteiakteure kombinieren durch eine geschickte Positionierung verschiedene gesellschaftliche Konfliktlinien und verbessern somit ihre Machtchancen.

Die in Kap. 3 aufgezeigte inhaltliche Nähe zu und damit eine relativ hohe Übereinstimmung mit anderen Parteien spricht zunächst dagegen, die Folgen der digitalen Revolution als Konfliktlinie zu betrachten. Beispielsweise sprachen sich Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und Teile der FDP für mehr Freiheiten im Internet aus. Diese nehmen sich dem neuen Themenfeld sehr wohl an und versuchen, die vorhandenen Konfliktpotenziale mit ihren eigenen Wahlprogrammen aufzusaugen, was sich in einer großen Nähe der Parteien im ideologisch-programmatischen Raum spiegelt. Wähler, die sich beispielsweise bei der Bundestagswahl explizit gegen die Vorratsdatenspeicherung aussprechen wollten, hätten dies auch durch die Wahl der etablierten Parteien kundtun können.

Jedoch standen die Themen Internet und Datenschutz nicht im Zentrum von deren Programmatik.¹¹⁵ Abgesehen vom Zugangserleichterungsgesetz wurden kaum Möglichkeiten genutzt, sich in diesem vergleichsweise jungen Politikfeld zu positionieren. Die öffentliche Diskussion und das Abschneiden der Piraten bei der Bundestagswahl zeigen, dass eine Absorption respektive Integration trotz teils hoher programmatischer Übereinstimmung nicht gelang.

Folglich muss es weitere, anders gelagerte Faktoren für die Entstehung der Piratenpartei geben. Einen theoretisch fruchtbaren Ansatzpunkt bietet dafür das soziologische Konzept der lebensweltlichen Milieus, die auch die unterschiedlichen Lebensstile berücksichtigen. Damit rückt die Frage in den Raum: Gibt es in der deutschen Wählerschaft eine Internet-Generation mit einer eigenen Lebenswelt, die in der Piratenpartei ihren parteiorganisatorischen Ausdruck findet? Die Piratenpartei befände sich dann zwar weitgehend (siehe Kap. 3) im Status einer Single-Issue-Partei, aber das zentrale Anliegen stünde gleichfalls für eine neue inter-

net- und technikaffine Lebenswelt, die vom herkömmlichen Parteienspektrum nicht oder nur sehr unzutreffend erfasst und repräsentiert würde.

In diesem Gesellschaftssegment sind nicht nur eindeutig libertäre Positionen gegenüber autoritären vorherrschend, sondern im Zuge der Digitalisierung haben Verständnisschwierigkeiten und Missverständnisse – insbesondere innerhalb der politischen Kommunikation – zu einer Entfremdung von den existierenden Parteien geführt, sodass diese eigentlich traditionelle Konfliktlinie nicht als solche erkannt wird. Mit der Formierung der Piraten als einer eigenen Partei haben sich nach dieser Lesart diese Kommunikationsstörungen auf die Ebene des politischen Systems übertragen. Zudem könnte diese Partei aufgrund eines einigenden Lebensstils (s. u.) programmatische Anknüpfungspunkte in der Lebenswelt der eigenen Anhängerschaft finden, etwa bei einem zunehmenden Generationenkonflikt über das Rentensystem.

Zur genaueren Fokussierung dieser möglichen Lebenswelten bietet sich das Lebensstil-Konzept an. Es geht von der Prämisse individueller Lebensstile aus, die durch Individualisierung und sozialen Wandel ermöglicht werden. Das Lebensstil-Konzept stellt folgende Grundfrage: Was bestimmt das Handeln und Denken der Menschen, wie sehen ihre Lebens- und Selbstauffassungen, ihre Weltbilder und Lebensziele aus? Da sich dies heute nicht mehr nur an Indikatoren wie Beruf, Einkommen und Bildung ablesen lässt, verlieren Schichten nach dieser Auffassung ihre Beschreibungs- und Erklärungskraft für die Vielfalt der heutigen Lebensentwürfe und -verläufe.¹¹⁶

Der Grundgedanke der Lebensstil-Kategorie liegt in einer ästhetischen Wiederholungstendenz: Menschen wählen aus einer Vielzahl von Möglichkeiten immer wieder Ähnliches oder Gleiches aufgrund von zeitlich relativ stabilen Geschmacksmustern. Lebensstile, die von vielen Menschen geteilt werden,

bilden nach Lebensstilgruppen geordnete Milieus. Diese Milieus sind „Personengruppen [...], die sich durch jeweils spezifische Existenzformen voneinander unterscheiden“,¹¹⁷ d. h. in situativen Kategorien wie Einkommen, Beruf und Alter und zusätzlich etwa subjektiven Werten und Auffassungen.

Aus welchen Milieus stammen nun die Wähler und Mitglieder der Piratenpartei? Eine Einschätzung kann mit Hilfe der Sinus-Milieus¹¹⁸ (vgl. Abb. 10) vorgenommen werden. Bei Betrachtung der traditionellen und der Mainstream-Milieus ergeben sich nur wenige bis keine Übereinstimmungen. Anders sieht es bei den gesellschaftlichen Leitmilieus aus. Im Milieu der Postmateriellen lässt sich eine mittelstarke Übereinstimmung entdecken. Zwar stellt sich die Piratenpartei nicht als antimaterialistische Kraft dar und es wird kein Selbstbild einer ökologischen Avantgarde kreiert. Sie versteht sich aber als ein kultureller Vorreiter für die Verfügbarkeit von Wissen und kulturellen Gütern und deckt Freizeitinteressen und Sozialstruktur (Kreative, Intellektuelle, Jugendliche, Studenten) dieses Milieus ab. Ihre Anhänger sind überdurchschnittlich liberal eingestellt, intellektuell und wertorientiert, wie sich dies bei der Piratenpartei beispielsweise in der Bevorzugung von Freiheit gegenüber Sicherheit und der Ablehnung starrer bürokratischer Strukturen zeigt.

Mit dem Milieu der modernen Performer ergibt sich ferner eine mittlere bis sogar hohe Deckung. Als prinzipiell kongruent zur Wählerschaft der Piraten erweisen sich hohe Bildungsgrade, Expertise im Bereich der Informationstechnologien, die hohe Anzahl an Studenten und Selbstständigen und der gängige Altersdurchschnitt von unter 30 Jahren. Die modernen Performer nutzen in ihrem Alltag selbstverständlich alle modernen Medien und Techniken, vor allem das Internet, und sehen sich selbst als unkonventionelle, technologische und kulturelle Elite. Für Technik- und Kulturpessimisten können sie kein Verständnis aufbringen und bewäl-

tigen „moderne“ Probleme lieber mit Hilfe von Attributen wie Kreativität, Selbstverwirklichung, Mobilität, Flexibilität oder Multioptionalität. Hier ist das Potenzial für

eine Überlappung besonders groß, wenn sich die Piraten explizit gegen Reglementierung im beruflichen und privaten Bereich aussprechen.

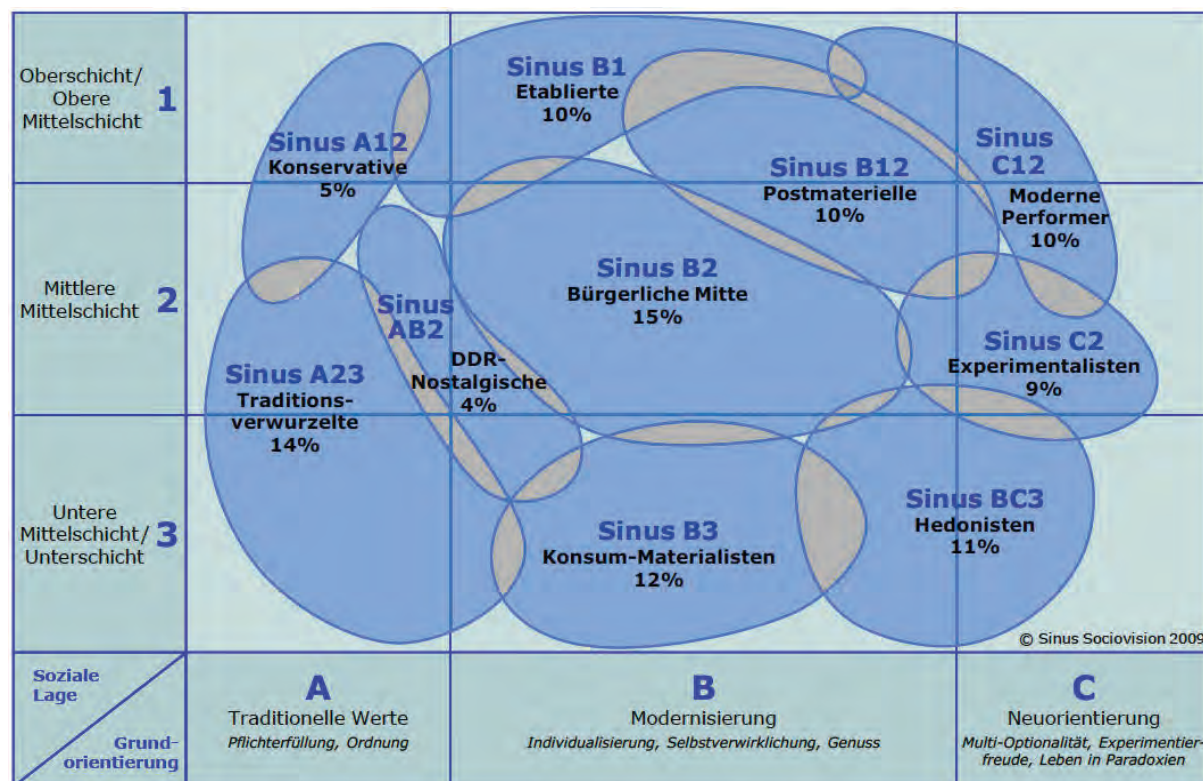


Abb. 10: Die „Sinus-Milieus“ in Deutschland¹¹⁹

Im experimentalistisch bzw. hedonistisch geprägten Milieu finden sich darüber hinaus Wählergruppen der Piratenpartei. Angesprochen können sich dort die kreativen und kulturellen Vorreiter fühlen, die sich im bestehenden politischen System insgesamt nicht als vertreten empfinden. Im hedonistischen Milieu ist der Protestwähleranteil relativ hoch. Das Internet wäre hier jedoch eher ein Medium, das die Bedeutung aus seiner Fähigkeit zur Unterhaltung bezieht, als der schützenswerte Lebensraum der Informationsgesellschaft.

Die Anhängerschaft und Mitglieder der Piratenpartei lassen sich mit Hilfe des Milieu-Ansatzes theoretisch recht gut einordnen. Da es sich um idealtypische Milieukonstruktionen

handelt, ergeben sich wie bei allen anderen Parteien ebenso keine exakten Übereinstimmungen mit den jeweils aufgeführten Milieueigenschaften. Durch die „Unschärferelation der Alltagswirklichkeit“¹²⁰ sind die Übergänge mit ihren Grauzonen fließend. Allgemein lässt sich aber sehr wohl konstatieren, dass sich die Mitglieder, Wähler und Sympathisanten der Piratenpartei wohl zum größten Teil aus den Schnittmengen der behandelten und in ihrer Anlage benachbarten Milieus speisen. Diese Befunde werden von einer Analyse zur Mediennutzung für den Stern aus dem Jahr 2007 im Rahmen der MarkenProfile 12¹²¹ gestützt. Dabei wurden die bereits erwähnten „digital natives“ als eine von sechs sog. „Medienmentalitäten“ gefasst und zusammen mit den anderen Ty-

pen auf ihre Zugehörigkeit zu den Sinus-Milieus hin klassifiziert. In Abb. 11 ist zu sehen, dass sich der dort für die Gruppe der „digital natives“ abgegrenzte Bereich über alle drei im Vorangegangenen identifizierten und in Bezug auf die Piratenpartei relevanten Milieus erstreckt.¹²²

Insbesondere ins Auge fallen zwei Einträge in der Beschreibung der „digital natives“, denen zufolge Männer dieses Milieu zu 71 %, Frauen zu 29 % „bevölkern“; dies ist der höchste Männeranteil im Typenvergleich. Zudem liegt der Altersschwerpunkt unter 30, die Altersspanne reicht bis 40 Jahre.¹²³

Im Aggregat bildete sich dieses demographische Muster auch auf die Bundestagswahl 2009 ab: Die Kategorie der „sonstigen Parteien“, unter die bei den meisten Analysen die Piratenpartei fällt, ist insgesamt bei den Männern zwischen 18 und 29 Jahren erheblich stärker besetzt. Es besteht eine Abweichung von plus 10,2 Prozentpunkten in diesem Wählersegment im Vergleich zum durchschnittlichen Ergebnis. Dabei ist die Abweichung doppelt so groß wie bei den Frauen derselben Altersspanne (plus 4,5 Prozentpunkte).¹²⁴ Abb. 12 zeigt die Entwicklung der Wahlergebnisse der 18- bis 24-jährigen Männer bei den Bundestagswahlen seit 1998.

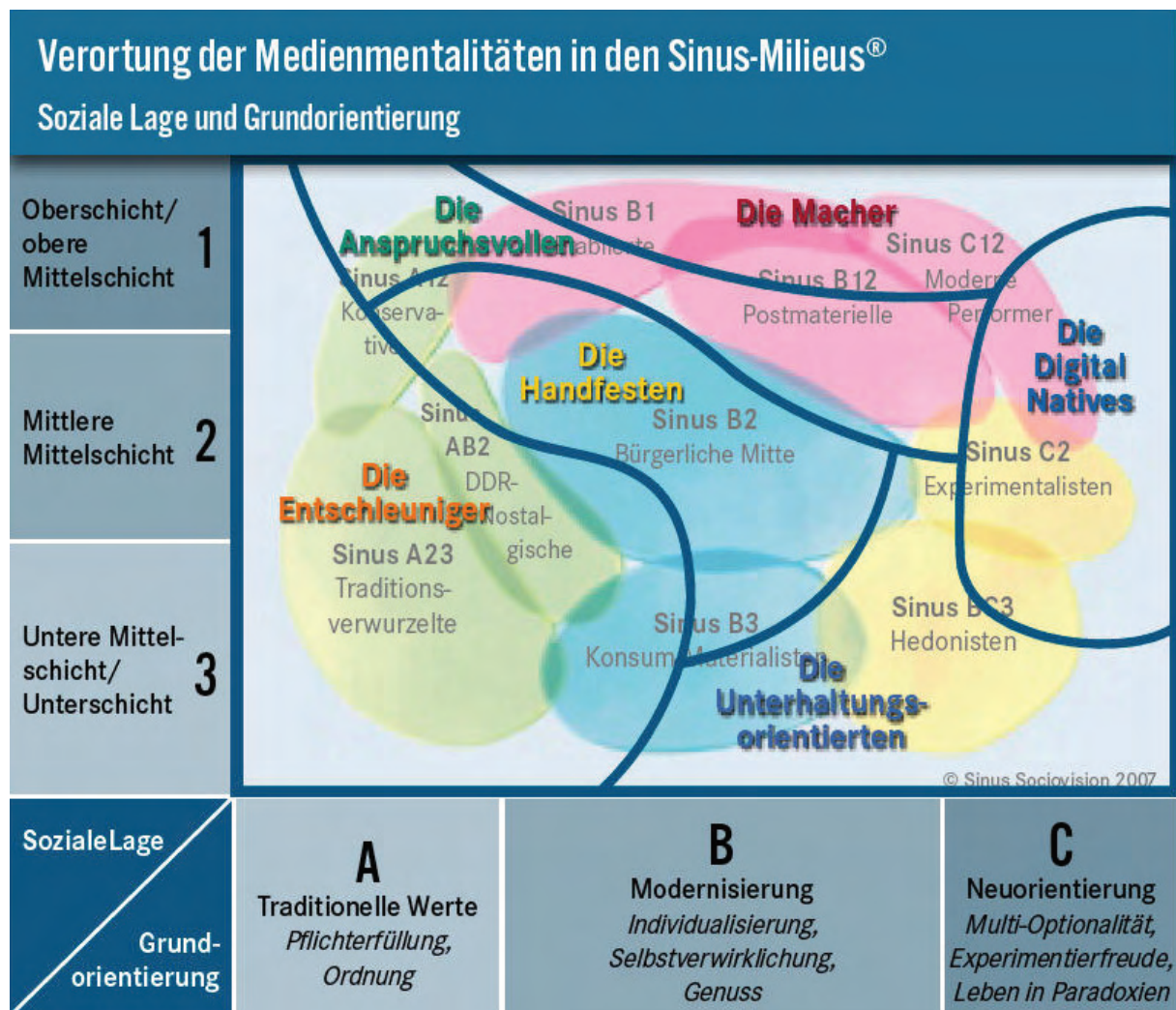


Abb. 11: „Medienmentalitäten“ in Deutschland¹²⁵

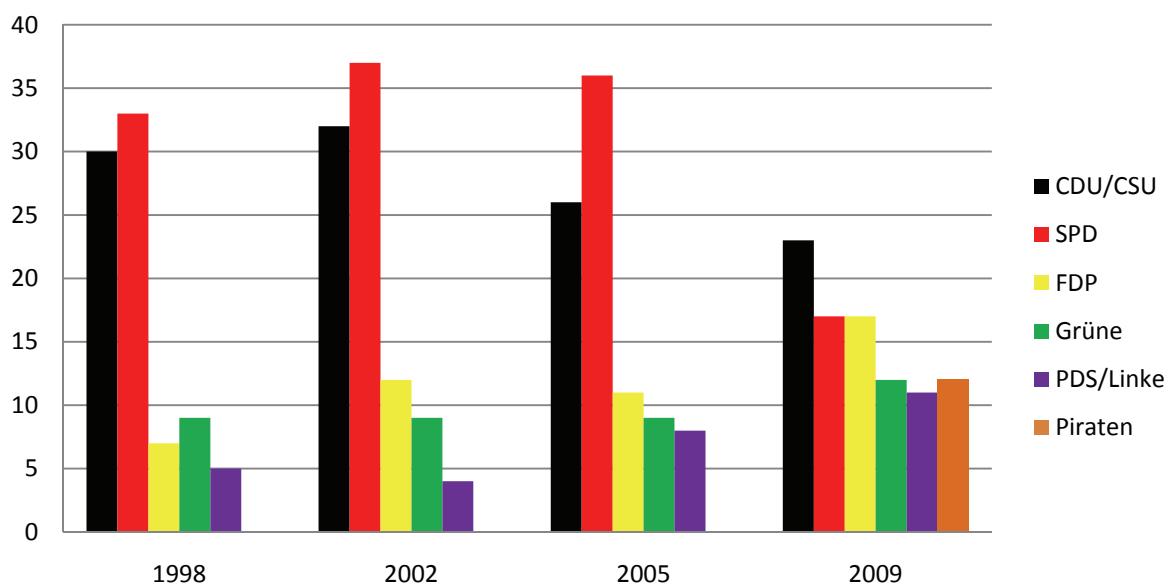


Abb. 12: Wahlergebnis männlicher Jungwähler (18-24) bei den Bundestagswahlen von 1998 bis 2009¹²⁶

Bis 2002 erzielten CDU / CSU und SPD in dieser Altersgruppe jeweils Ergebnisse über 25 %. 2009 ergaben sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 in dieser Altersgruppe massive Verluste von über 50 % für die SPD, leichte Einbußen (3 Prozentpunkte) bei der Union und ein Zugewinn der FDP von 6 Prozentpunkten.

Die Anfälligkeit für neue Parteien in der Wählergruppe der jungen Männer lässt sich unter Rückgriff auf den sozialpsychologischen Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten erfassen: Danach bildet neben der kurzfristigen Orientierung an Spitzenkandidaten und Sachfragen die längerfristig verankerte Parteiidentifikation einen weiteren wesentlichen Bestimmungsfaktor der Wahlentscheidung. Sie fungiert als das „Destillat aller Ereignisse im Leben einer Person, die ihr Verhältnis zu einer politischen Partei beeinflusst haben“.¹²⁷ Dies wiederum bedeutet, dass die Parteiidentifikation den kurzfristig veränderlichen, durch das aktuelle Geschehen beeinflussbaren Kandidaten- und Sachfragenorientierungen zeitlich und kausal ausdrücklich vorgeordnet wird.¹²⁸

Das Wahlverhalten der männlichen Jungwähler zeigt in diesem Zusammenhang, dass sich die Sozialisationskraft der Familie bezüglich der Parteiidentifikation offensichtlich weiter abschwächt. Besonders dies deutet darauf hin, dass die Erfahrung und Sozialisation in der Lebenswelt außerhalb der Familie für die politische Ausrichtung von jungen Menschen mehr und mehr an Bedeutung zunimmt. Das Internet ist inzwischen in den Rang eines integralen Bestandteils der Primärsozialisation junger Menschen aufgestiegen¹²⁹ und übt nun vielfach den erwähnten Filtereffekt auf das Wahlverhalten aus. Erst dadurch vermögen auf den ersten Blick sekundär erscheinende Issues, bspw. die Ablehnung von Internetsperren, sich – auch kurzfristig – in wahlentscheidende Faktoren zu verwandeln. Dieser Punkt hat den Aufstieg der Piratenpartei erst ermöglicht.

Einen weiteren Aspekt für einen möglichen Wandel im politischen Markt zeigt das Konzept der deterritorialen Vergemeinschaftung, deren Formen laut Andreas Hepp¹³⁰ durch folgende drei Aspekte gekennzeichnet sind:

- Lokale Gruppen haben die Möglichkeit, ein übergreifendes translokales Netzwerk zu bilden.
- Es existiert ein translokaler Sinnhorizont innerhalb dieses deterritorial vergemeinschafteten Netzwerks; die gemeinsame Sinnorientierung stiftet eine „subjektiv gefühlte[...] Zusammengehörigkeit“:¹³¹ Auf diesen Faktoren beruhen deterritoriale Gemeinschaften, wobei das Internet als Medium die Vergemeinschaftungsprozesse vermitteln und tragen kann.
- Die translokalen Netzwerke sind wegen ihrer deterritorialen Erstreckung nicht auf ein spezifisches Territorium beschränkt. Territoriale Bezüge können aber sehr wohl eine gewichtige Rolle spielen, indem es zu regionalen und lokalen Verdichtungen der Netzwerke kommt. Die Vergemeinschaftungen wie auch ihr Sinnhorizont werden jedoch von diesen territorial basierten Verdichtungen nicht absorbiert, sondern behalten die Deterritorialität als konstitutives Charakteristikum bei.

So bilden auch die Piratenparteien ein über nationale Grenzen hinweg bestehendes Netzwerk, das in Schweden seinen Anfang nahm. Der gemeinsame Sinnhorizont wird einerseits aus den geteilten Interessen und Positionen im Hinblick auf die politische Bearbeitung der neuen Konflikte gespeist. Andererseits erweist sich die Tatsache als maßgeblich, dass sich hier digital natives zusammengetan haben und sowohl Sach- als auch politische Kompetenz für sich beanspruchen, die sie den etablierten Parteien absprechen. Die Entstehung der Parteien auf nationalen Ebenen können als reale territoriale Konkretisierungen des prinzipiell de-

territorial erstreckten und somit translokalen Netzwerkes angesehen werden.

Zusammenfassend stellt der Einzug der Piratenpartei auf die deutsche Politikbühne keinen qualitativen Wandel des deutschen Parteiensystems dar. Weder ist eine den Parteienwettbewerb prägende Konfliktlinie entstanden noch hat sich die Polarisierung, Fragmentierung und Segmentierung in der deutschen Wählerschaft durch die Piraten wesentlich geändert. Damit fand ein qualitativer Wandel des deutschen Parteiensystems nicht statt und es gibt keine signifikanten Anzeichen, dass er aufgrund dieser neuen Formation vor der Tür stünde.

Die Piratenpartei ist jedoch kein Gag der digitalen Wahlkampfkommunikation, sondern Ausdruck eines nicht unerheblichen Problems der deutschen Parteiendemokratie. Seit Jahren nimmt die Fähigkeit zur Responsivität der deutschen Parteien ab. Neben der schwindenden Parteienbindung ist diese Schwäche die größte Ursache ihrer zunehmenden Verwundbarkeit, und das nicht nur – wie das Abschneiden der Piratenpartei bei der vergangenen Bundestagswahl gezeigt hat – bei nachgelagerten Wahlen mit einer relativ geringen Wahlbeteiligung.

Erst diese Repräsentationsschwäche der existierenden Parteien ermöglichte der Piratenpartei den Eintritt in den Wählermarkt. Die Tatsache, dass sie ein länderübergreifendes Phänomen darstellt, spiegelt nur die strukturellen Schwächen der westeuropäischen Parteiensysteme insgesamt wider. Besonders mit Blick auf die männlichen Erstwähler ist bei den deutschen Parteien eine erhebliche Repräsentationslücke bei den vergangenen Wahlen aufgetreten. Das Lebensstil-Konzept zeigt: Sie zu schließen wird nicht nur mit einem vermehrten Internetwahlkampf möglich sein.

6. Die Piratenpartei – Zukunftsmodell oder politische Eintagsfliege?

In den vergangenen Monaten wurde die Piratenpartei von den Kommentatoren als mögliches Zukunftsmodell für deutsche Parteien in den Himmel gehoben oder als Eintagsfliege verdammt. Wie bei den meisten Extremen halten beide Wertungen der Wirklichkeit nicht stand. Warum? Das „Problem“ bei den allermeisten Parteineugründungen und so auch bei der Piratenpartei ist für das Parteiensystem nicht die Partei selbst, sondern die strukturellen und politischen Tiefenursachen, die erst zu diesen Gründungen geführt haben. Mag eine Partei durch personelle Fehler, organisatorische Mängel oder auch politische Missgeschicke ihre Konsolidierung nicht bewältigen und in die politische Bedeutungslosigkeit zurückfallen, die Gründe für ihr Entstehen wären damit nicht beseitigt. Somit ist die Piratenpartei keine politische Eintagsfliege – unabhängig von ihrem organisatorischen Fortbestehen.

Die Piratenpartei ist, so hat das vergangene Kapitel gezeigt, das Produkt unzufriedener Wählergruppen, die sich von den existierenden Parteien – im Übrigen neben den Volks- auch von den Klein- und Kleinstparteien – nicht angesprochen fühlen. Diese Wählergruppen sind überdurchschnittlich gebildet und stehen der Politik eher fern, gehören aber zu den Leistungsträgern in ihren jeweiligen Berufen. Sie werden ihr Protestpotenzial langfristig nicht in eine Sprachlosigkeit und damit durch Politikenthaltung kanalisieren, sondern mit oder ohne Piratenpartei ihr mögliches Unverständnis über politische Entscheidungen artikulieren und in politisches Handeln umsetzen. Deshalb wird es eine zentrale Aufgabe der Parteien sein, dieses Unverständnis aufzulösen und diese Gruppe in das bestehende Parteiensystem zu integrieren.

Dabei stellt die politische Kommunikation ein wichtiges Werkzeug dar. So ist die Piratenpartei ein gutes Beispiel dafür, wie miss-

glückte politische Kommunikation einen traditionellen politischen Konflikt auf der Konfliktachse „libertär vs. autoritär“ nicht in die digitale Welt übersetzen und dieser damit von den traditionellen Parteien nicht aufgegriffen werden konnte. Erst diese politische Sprachlosigkeit in den entsprechenden Milieus führte so zur Parteineugründung.

Neben der politischen Kommunikation ist eine verbesserte Responsivität ein weiteres Werkzeug. Nun sind die Auswirkungen der digitalen Revolution keine klassische Cleavage, da diese Konfliktlinie nicht die gesamte Wählerschaft durchzieht und zahlreiche Wählergruppen von ihr nicht berührt werden. Es ist aber für die oben beschriebenen Milieus ein kontroverses Thema mit zahlreichen Facetten. Dieser Konflikt konnte von den etablierten Parteien nicht aufgegriffen werden. So ist es nicht zwingend, aber es besteht die Möglichkeit, dass sich die Piratenpartei zu einer Kleinpartei fortentwickelt.

Denn die Piratenanhänger hatten in Bezug auf das Zugängerschwerungsgesetz nicht nur Unmut empfunden, weil dieses Gesetz ihre eigenen Interessen verletzte, sondern auch weil sie es für ineffektiv und damit schlicht für politisch inakzeptabel hielten. Dieses Gesetz stand im Wahljahr plötzlich pars pro toto für ihr ganzes Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungen. Mochten sie an den aktuellen gesundheits- oder auch rentenpolitischen Debatten aufgrund mangelnder Kenntnis oder fehlenden Interesses nicht teilnehmen, das Zugängerschwerungsgesetz galt für sie als Beweis für eine ineffiziente Politik, die ihre Interessen nicht mehr vertreten konnte oder wollte.

Sicherlich ist die Piratenpartei eine grosso modo eher links einzuordnende Kraft, aber eben auch eine mit einer sehr jungen Wählerschaft. Die Piraten waren einer der Gründe, warum die Sozialdemokraten erstmals seit Jahrzehnten die Führung als die Partei der

Erstwähler bei einer Bundestagswahl an die Union abgeben mussten. Aber das Konrad-Adenauer-Haus sollte bei diesen Zahlen nicht jubeln. Die Schwäche des Einen ist nicht gleich die Stärke des Anderen. Denn diese Stärke ist nur eine relative. Die Piratenpartei zeigt auch: Der Parteienwettbewerb ist kein Nullsummenspiel. Nicht allein die zunehmende Bindungslosigkeit der Parteien begünstigte das Entstehen der Piratenpartei, sondern auch die abnehmende Sozialisationsfunktion der traditionellen Kleingruppen wie eben der Familie oder des schulischen Umfelds.

Jedoch sollte die Piratenpartei nicht überschätzt werden. Sie gleicht in ihrer Organisa-

tionsstruktur weniger einer klassischen Partei, sondern eher einem Netzwerk. Damit orientiert sie sich eher an Linux als an den Funktionserfordernissen einer Partei. Sie wird nicht durch klare Strukturen, sondern ein paar Gemeinsamkeiten zusammengehalten und scheint sich für eine temporäre Entscheidungsfähigkeit gegenüber einem maximalen Kommunikationsinteresse entschieden zu haben. Sie eignet sich daher nicht als Vorbild für Volksparteien. Ihre mangelnde Strategiefähigkeit, ihre ungelösten Strukturfragen und ihre Schwäche, zu verbindlichen Entscheidungen zu gelangen, zeigen, dass sie noch eine schwierige Konsolidierungsphase durchlaufen muss. Hier kann die Partei existenziell durchaus noch scheitern.

Anmerkungen

- ¹ Schirmmacher, Frank: Die Revolution der Piraten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.9.2009.
- ² Zur Verwendung des Begriffs „Piraten“ als Bezeichnung für Mitglieder der Piratenpartei heißt es auf der Webseite der Piratenpartei Deutschland: „Der Begriff des ‚Piraten‘ ist ein Kampfbegriff, der vor allem von der Musik- und Filmindustrie und ihren Lobbyorganisationen benutzt wird, um einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zu kriminalisieren. Weite Teile der Gesellschaft sollen als Verbrecher stigmatisiert werden und empfinden es doch nur als ihr Recht, an der Kultur und dem Wissen der Menschheit teilzuhaben. Die PIRATEN nehmen diesen Kampfbegriff auf, um in offensiver Weise eine Neubewertung und damit ein gesellschaftliches Umdenken einzuleiten. [...] Um unsere Verbundenheit mit der europäischen Bewegung zu signalisieren, nennen wir uns ebenfalls Piraten.“ (Piratenpartei: Fragen und Antworten zu politischen Zielen, <http://www.piratenpartei.de/navigation/politik/politik-faq>, Stand: 29.9.2009). Im Folgenden wird der Einfachheit halber der Begriff daher ebenfalls in diesem Sinne gebraucht und auf eine Schreibweise in Großbuchstaben und Anführungszeichen verzichtet.
- ³ Zitiert nach Topcu, Özlem: Bloß nicht offline, in: Die Zeit, 1.10.2009.
- ⁴ Oskar Niedermayer, zitiert nach Trentmann, Nina: Piraten im Aufwind, in: Die Welt, 28.9.2009.
- ⁵ Vgl. Trentmann: Piraten im Aufwind.
- ⁶ Vgl. Majica, Marin / Schultz, Maike: Reiz des Freibeutertums, in: Berliner Zeitung, 22.9.2009.
- ⁷ Mit „klassischen Parteien“ sind hier vor allem die im Bundestag vertretenen Parteien gemeint, die aus einer „klassischen“ europäischen Parteienfamilie stammen und traditionell enge politische und personale Verbindungen zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen pflegen (vgl. von Beyme, Klaus: Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000, S. 20f.; Poguntke, Thomas: Parteien ohne (An)bindung: Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien?, in: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, hrsg. von Josef Schmid und Udo Zolleis, Wiesbaden 2005, S. 43-62).
- ⁸ Vgl. Peter, Tobias: Klarmachen zum Ändern, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 5.2.2010.
- ⁹ Vgl. Klein, Markus / Falter, Jürgen: Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München 2003.
- ¹⁰ Vgl. Lipset, Seymour M. / Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, in: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, hrsg. von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, New York / London 1967, S. 1-64, hier S. 27 (= International Yearbook of Political Behavior Research, 7).
- ¹¹ Blumberg, Fabian: Partei der „digital natives“? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei, Parteienmonitor, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2010, S. 27, http://www.kas.de/wf/doc/kas_18785-544-1-30.pdf?100208080609, Stand: 19.05.2010.
- ¹² Vgl. Becker, Winfried: Christliche Demokratie in Deutschland, in: Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa: Entwicklungen, Programmatik, Perspektiven, hrsg. von Günter Buchstab und Rudolf Uertz, Freiburg / Basel / Wien 2004, S. 64-110, hier S. 64-87.
- ¹³ Vgl. Nipperdey, Thomas: Christliche Parteien, in: Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, Thomas Nipperdey, München 1986, S. 126-139, hier S. 127.
- ¹⁴ Vgl. Ware, Alan: Political Parties and Party Systems, Oxford 1996, S. 41.
- ¹⁵ Vgl. von Beyme: Parteien im Wandel, S. 20ff.; auch Saalfeld, Thomas: Parteien und Wahlen, Baden-Baden 2007, S. 69-82.
- ¹⁶ Vgl. Mair, Peter: Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford 1997, S. 19-23.
- ¹⁷ Vgl. Ware: Political Parties and Party Systems, S. 93.
- ¹⁸ Vgl. im Folgenden Lösche, Peter: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 1994, S. 24-103.
- ¹⁹ Vgl. Lipset, Seymour / Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: The West European Party System, hrsg. von Peter Mair, Oxford 1967/1990, S. 91-138 (= Oxford Readings in Politics and Government); Caramani, Daniele: The Nationalization of Politics. The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe, Cambridge 2004, S. 289-300 (= Cambridge Studies in Comparative Politics).

- ²⁰ Vgl. im Folgenden Lösche: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, S. 22-39.
- ²¹ Vgl. die umstrittenen Überlegungen des amerikanischen Intellektuellen Jeremy Rifkin zu den Auswirkungen der digitalen Lebenswelt auf Lebensweise und Einstellungen der Menschen, das Wirtschaftsleben und die Zukunft der Staatlichkeit durch die digitale Revolution. Rifkin, Jeremy: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden, 3., erw. Aufl., Frankfurt 2007.
- ²² „The Pirate Bay“ war eine der weltweit größten Filesharing-Plattformen, die auf dem BitTorrent-tracker-Prinzip beruhte. „Als Tracker indexiert ThePirateBay zwar zum Tausch bei BitTorrent angebotene Dateien und hält .torrent-Dateien mit den IP-Adressen der beteiligten Rechner bereit, bietet selbst aber kein urheberrechtlich geschütztes Material an.“ (heise online: Weltgrößter BitTorrent-Tracker offline, <http://www.heise.de/newsticker/Weltgroesster-BitTorrent-Tracker-offline--/meldung/73716>, 31.5.2006, Stand: 29.9.2009). Bei BitTorrent handelt es sich um ein kollaboratives Filesharing-Protokoll zur schnellen Verteilung großer Datenmengen.
- ²³ Vgl. Briegleb, Volker: PirateBay-Razzia hat keine Konsequenzen für schwedische Behörden, <http://www.heise.de/newsticker/PirateBay-Razzia-hat-keine-Konsequenzen-fuer-schwedische-Behoerden--/meldung/87816>, 3.4.2007, Stand: 29.9.2009.
- ²⁴ Vgl. Schmitt, Stefan / Stöcker, Christian: Piratenkrieg in Schweden, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,419892,00.html>, 6.6.2006, Stand: 29.9.2009.
- ²⁵ Entnommen aus Piratenpartei: Piratenparteien Weltweit, <http://www.piratenpartei.de/navigation/partei/piratenparteien-weltweit>, Stand: 25.5.2010.
- ²⁶ Entnommen aus ebd.
- ²⁷ Vgl. Bartels, Henning: Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung, Berlin 2009, S. 38, <http://ebooks.contumax.de/01-piratenpartei.pdf>, Stand: 19.5.2010. Das Entgegenkommen der anderen Parteien erstreckte sich dabei v. a. auf eine Reform des Urheberrechts im Sinne der Piratpartiet.
- ²⁸ Vgl. Briegleb, Volker: Pirate Bay: Berufung gegen „bizarres Urteil“, <http://www.heise.de/newsticker/Pirate-Bay-Berufung-gegen-bizarres-Urteil--/meldung/136352>, 17.4.2009, Stand: 30.10.2009, und zu den Details des Prozesses auch Bartels: Die Piratenpartei, S. 40-50.
- ²⁹ „Viele dieser [nach dem PirateBay-Urteil abgeschlossenen; d. Verf.] Mitgliedschaften wurden nach Ablauf der einjährigen Mitgliedsfrist nicht erneuert, wodurch die Partei im April 2010 innerhalb weniger Tage von mittlerweile knapp 50.000 auf etwa 25.000 Mitglieder schrumpfte.“ (Wikipedia: Piratpartiet, <http://de.wikipedia.org/wiki/Piratpartiet>, Stand: 30.5.2010); vgl. darüber hinaus Piratpartiet: Medlemsstatistik, <http://www.piratpartiet.se/partiet/medlemsstatistik>, und Preisgenau.de: Schwedische Piratenpartei verliert 50 % ihrer Mitglieder, <http://news.preisgenau.de/schwedische-piratenpartei-verliert-50-ihrer-mitglieder-6795.html>, 23.4.2010, Stand jeweils: 30.5.2010.
- ³⁰ Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 57. Dabei waren die vorherrschenden Themen z. B. das drohende Verbot von „Killerspielen“, die Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung und der sog. Bundestrojaner.
- ³¹ Ebd., S. 59.
- ³² Detaillierte Ausführungen zur Debatte finden sich ebd, S. 62-91.
- ³³ Vgl. Blumberg: Partei der „digital natives“, S. 5.
- ³⁴ Die vorliegende Zusammenfassung basiert auf dem Partei- und Wahlprogramm der Piraten: Piratenpartei: Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland, beschlossen auf der Gründungsversammlung am 10.9.2006, ergänzt auf dem Bundesparteitag am 5.7.2009 in Hamburg, http://wiki.piratenpartei.de/images/2/20/Partei-programm_LaTeX.pdf, Stand: 30.10.2009; Piratenpartei: Klarmachen zum Ändern! Wahlprogramm der Piratenpartei Deutschland zur Bundestagswahl 2009, http://www.piratenpartei.de/tmp/Wahlprogramm_Bundestagswahl2009.pdf, Stand: 30.10.2009.
- ³⁵ Vgl. zur wissenschaftlichen Debatte um das Konzept der Informationsgesellschaft in Abgrenzung zur Wissensgesellschaft und den entsprechenden Implikationen für die Kategorien Wissen, Information und Kommunikation sowie zu ihren zentralen Autoren etwa Berger, Peter A.: Soziale Milieus und die Ambivalenzen der Informations- und Wissensgesellschaft, in: Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen, hrsg. von Helmut Bremer und Andrea Lange-Vester, Wiesbaden 2006, S. 73-101, hier S. 75-80.
- ³⁶ Vgl. Piratenpartei: Klarmachen zum Ändern, S. 3.
- ³⁷ Ebd., S. 19; vgl. auch ebd., S. 8f.

- ³⁸ Vgl. ebd., S. 19ff. Die Begriffe Open Source und Freie Software meinen zunächst die Offenheit bzw. öffentliche Zugänglichkeit des Quellcodes der Software. Daniel Tepe und Andreas Hepp unterscheiden dabei folgendermaßen: „Während bei Open Source vor allem pragmatische Aspekte wie Nützlichkeit, Funktionalität, Zuverlässigkeit und Effizienz von Software betont werden, steht bei freier Software der urheberrechtliche Freiheitsgedanke im Vordergrund. Verkürzt lässt sich konstatieren, dass freie Software eine politische Philosophie verfolgt, Open Source eher als eine Entwicklungsmethodologie zu verstehen ist [...].“ (Tepe, Daniel / Hepp, Andreas: Digitale Produktionsgemeinschaften: Open-Source-Bewegung als deterritoriale Vergemeinschaftung, in: Open Source Jahrbuch 2008. Zwischen freier Software und Gesellschaftsmodell, hrsg. von Bernd Lutterbeck, Matthias Bärwolff und Robert A. Gehring, Berlin 2008, S. 171-185, hier S. 174, <http://www.opensourcejahrbuch.de/download/jb2008/dwn>, Stand: 25.5.2010).
- ³⁹ Vgl. Piratenpartei: Klarmachen zum Ändern, S. 5.
- ⁴⁰ Ebd., S.6.
- ⁴¹ Ebd.
- ⁴² Vgl. Piratenpartei: Grundsatzprogramm, S. 8.
- ⁴³ Vgl. Piratenpartei: Klarmachen zum Ändern, S. 6.
- ⁴⁴ Vgl. ebd., S. 7ff. Unter anderem werden im Forderungskatalog des Weiteren verlangt: schärfere Regeln für den grenzüberschreitenden Informationsaustausch, keine Weitergabe von Passagierdaten, Abschaffung des KFZ-Kennzeichen-Scannings und der Beugehaft für Zeugen, zudem, die Trennung von Polizei und Geheimdiensten wieder gänzlich umzusetzen. Vgl. ebd., S. 8f.
- ⁴⁵ Vgl. ebd., S. 12f.
- ⁴⁶ Ebd., S. 14.
- ⁴⁷ Vgl. ebd., S. 17.
- ⁴⁸ Vgl. ebd., S. 13.
- ⁴⁹ Ebd., S. 22.
- ⁵⁰ Vgl. ebd., S. 22f.
- ⁵¹ Ebd., S. 24; vgl. zu diesem Absatz ebd., S. 24f.
- ⁵² Vgl. von Beyme: Parteien im Wandel, S. 120ff.
- ⁵³ Vgl. von Lucke, Albrecht: Die Untiefen der Freiheit, <http://www.taz.de/1/debatte/theorie/artikel/1/die-untiefen-der-freiheit/>, 18.9.2009, Stand: 19.5.2010.
- ⁵⁴ Ebd. Dass die Piraten mit ihrem bis zum heutigen Tag noch recht unscharfen Freiheitsbegriff bisweilen zu naiv umgehen und zu Trittbrettfahrten extremistischen bzw. anderen zweifelhaften Ursprungs einladen, zeigen etwa die Fälle Bodo Thiesen und Jörg Tauss sowie das Interview des stellvertretenden Parteivorsitzenden Andreas Popp mit der rechtslastigen Zeitung „Junge Freiheit“. Siehe hierzu auch Gensing, Patrick: Reiche Beute, aber kein klarer Kurs, <http://www.tagesschau.de/inland/piratenpartei136.html>, 6.10.2009, Stand: 8.10.2009; nanuk: Mit Schmuttelkindern spricht man nicht, <http://nanuk.wordpress.com/2009/09/16/mit-schmuttelkindern-spricht-man-nicht/>, 16.9.2009, Stand: 5.10.2009.
- ⁵⁵ Sundermeier, Jörg: Man will nichts Bestimmtes und fühlt sich gut dabei, in: Berliner Zeitung, 24.9.2009.
- ⁵⁶ Topcu: Bloß nicht offline.
- ⁵⁷ Vgl. Piratenpartei: Klarmachen zum Ändern, S. 7.
- ⁵⁸ Zur Begründung ihrer Themenwahl schreibt die Partei auf ihrer Internetseite u. a.: „Wir denken erst und handeln dann: Wir möchten politisch nur vertreten, wovon wir auch etwas verstehen, und keine Kompetenzen vorgeben, die wir noch nicht besitzen. Wir sind eine junge Partei und diskutieren und erarbeiten permanent neue Themenfelder. Politisch werden wir uns aber erst dann für diese einsetzen, wenn wir uns wirklich sicher sind, die richtige Position gefunden zu haben und diese auch verteidigen zu können.“ (Piratenpartei: Unsere Themenwahl, <http://www.piratenpartei.de/navigation/politik/themenwahl>, Stand: 9.10.2009).
- ⁵⁹ Entnommen aus Faas, Thorsten: Piratenpartei: Klar zum Entern des Parteiensystems?, http://blog.zeit.de/wahlen-nach-zahlen/2009/09/16/piratenpartei-klar-zum-entern-des-parteiensystems_1941, 16.9.2009, Stand: 5.10.2009.
- ⁶⁰ Vgl. die Wahlprogramme von Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und FDP: Der grüne neue Gesellschaftsvertrag. Klima – Arbeit – Gerechtigkeit – Freiheit, hrsg. von Bündnis 90 / Die Grünen, Berlin 2009, http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/295/295495.wahlprogramm_komplett_2009.pdf; Die Linke: Konsequent sozial. Für Demokratie und Frieden. Bundestagswahlprogramm 2009, Berlin 2009, http://die-linke.de/fileadmin/download/wahlen/pdf/485516_LinkePV_LWP_BTW09.pdf; FDP: Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009, http://www.deutschlandprogramm.de/files/653/Deutschlandprogramm09_Endfassung.PDF, Stand: jeweils 20.10.2009.

- ⁶¹ Vgl. tagesschau.de: Die wichtigsten Programmpunkte der Parteien auf einen Blick, <http://www.tagesschau.de/static/flash/wahl2009/programme/>, Stand: 19.9.2009.
- ⁶² Die Linke: Konsequenz sozial, S. 37.
- ⁶³ Der grüne neue Gesellschaftsvertrag, S. 197-199; vgl. ebd.
- ⁶⁴ Bieber, Christoph: Piratenpartei: Alles nur ein Rollenspiel?, <http://politik-digital.de/piratenpartei-alles-nur-ein-rollenspiel>, 23.9.2009, Stand: 8.10.2009.
- ⁶⁵ Entnommen aus Debus, Marc: Die Piratenpartei in der Parteienkonstellation Deutschlands, http://blog.zeit.de/wahlen-nach-zahlen/2009/09/16/die-piratenpartei-in-der-ideologischen-parteienkonstellation-deutschlands_1961, 16.9.2009, Stand: 5.10.2009. Die Analyse beruht auf dem WordScore-Verfahren. Mehr zur Methodologie wie auch den Vor- und Nachteilen dieser Analyseform findet sich bei Debus, Marc: Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, in: Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, hrsg. von Uwe Jun, Melanie Haas und Oskar Niedermayer, Wiesbaden 2008, S. 57-78, hier S. 62-65. Einschränkend ist ferner anzumerken, dass die vorliegenden Resultate in Bezug auf die Piratenpartei lediglich auf dem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 beruhen.
- ⁶⁶ Vgl. Zeit Online: Schwarz-Gelb setzt geplante Internetsperren aus, www.zeit.de/politik/deutschland/2009-10/internetsperre-anti-terror-gesetz?page=all, 24.10.2009, Stand: 30.10.2009.
- ⁶⁷ Zu den unterschiedlichen begrifflichen Konzeptionen und Differenzierungskriterien von Kleinst- und Kleinpartei vgl. etwa Jandura, Olaf: Kleinparteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2007, S. 19f.; Schwigon, Sabrina: Kleinparteien in Hessen, in: Parteien und Parteiensystem in Hessen. Vom Vier- zum Fünfparteiensystem?, hrsg. von Wolfgang Schroeder, Wiesbaden 2008, S. 243-255, hier S. 243; Haas, Melanie: Auswirkungen der Großen Koalition auf das Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 35-36/2007, S. 18-26, hier S. 24, Fn. 14.
- ⁶⁸ Vgl. Lipset / Rokkan: Cleavage Structures, An Introduction, S. 27.
- ⁶⁹ Eigene Darstellung; Vgl. zur Abbildung und zum vorigen Absatz: Der Bundeswahlleiter: Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2009, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnis/bundesergebnisse/index.html; Der Bundeswahlleiter: Auswahl des Landes, http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_09/ergebnisse/landesergebnisse/index.html; Hessischer Landeswahlleiter: Landesergebnis der Landtagswahl 2008, http://www.wahlen.hessen.de/irj/Wahlen_Internet?uid=286409ce-0f9a-5711-aeb6-df144e9169fc; Hessischer Landeswahlleiter: Landesergebnis der Landtagswahl 2009, http://www.wahlen.hessen.de/irj/Wahlen_Internet?cid=9bf0283a1bb88794725952579f583834; Statistikamt Nord: Endgültiges Ergebnis der Bürgerschaftswahl 2008, http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_stan documents/EndgueltigesErgebnisBuergerchaftswahl_LL_und_WkL-Stimmen2008.pdf; Der Bundeswahlleiter: Bundesergebnis. Endgültiges Ergebnis der Europawahl 2009, http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_09/ergebnisse/bundesergebnisse/; Sächsischer Landtag: Wahlergebnis der Landtagswahl 2009, <http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/wahl2009/index.aspx>; Statistikamt Nord: Ergebnisse zur Landtagswahl 2009; Endgültige Ergebnisse für Schleswig-Holstein, <http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-schleswig-holstein/landtagswahlen/2009/>; Die Landeswahlleiterin des Landes Nordrhein-Westfalen: Landtagswahl 2010; Endgültige Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen, Heft 3, Düsseldorf 2010, S. 9, <https://webshop.it.nrw.de/webshop/download.php?id=16400>, Stand jeweils 30.5.2010.
- ⁷⁰ Vgl. Ginsborg, Paul: Berlusconi. Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?, Berlin 2005, S. 53-63 und Raschke, Joachim: Die Grünen – Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993.
- ⁷¹ Zudem wäre noch die Rekrutierungsfunktion für das Selbstverständnis und die Machtverteilung innerhalb der Partei interessant. Jedoch ist der Piratenpartei als Klein- bzw. Kleinstpartei der Einzug in das Parlament mit Ausnahme der Stadträte Aachen und Münster mit je einem Sitz (noch) versperrt. Somit ergeben sich in diesem Zusammenhang Machtfragen derzeit nicht.
- ⁷² Vgl. Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Wiesbaden 2000; Poguntke: Parteien ohne (An)bindung.
- ⁷³ Poguntke: Parteiorganisation im Wandel, S. 24.
- ⁷⁴ Poguntke: Parteien ohne (An)bindung, S. 44.
- ⁷⁵ Poguntke: Parteiorganisation im Wandel, S. 27.
- ⁷⁶ Ebd., S. 28.

- ⁷⁷ Vgl. zu den beiden grundsätzlichen Verbindungsmodi und ihren Subdifferenzierungen ausführlich ebd., S. 26-48; Poguntke: Parteien ohne (An)bindung, S. 44-50.
- ⁷⁸ Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 289; tagesschau.de: „Die Piratenpartei füllt ein Angebotsvakuum“, <http://www.tagesschau.de/inland/schoenenbornpiraten100.html>, 22.7.2009, Stand: 26.5.2010.
- ⁷⁹ Klaus Hurrelmann, zit. nach kultur.ard.de: „Die Jugend droht der Demokratie verloren zu gehen“, <http://www.ard.de/kultur/sonstiges/politik/verdrossenheit-der-jugend/-id=171948/mpdid=1196778/nid=171948/did=1196778/toxse3/index.html>, 8.9.2009, Stand: 26.5.2010; vgl. ebd.
- ⁸⁰ Entnommen aus Poguntke: Parteien ohne (An)bindung, S. 46.
- ⁸¹ Beispielsweise war sie im Wahljahr 2009 auf den Seiten von Schüler- und Studi-VZ, der mit 14 Millionen Nutzern größten Community in Deutschland, mit über 38.000 Anhängern beliebter als Grüne und SPD zusammen. (Vgl. Weingartner, Harald: Keine Angst vor den Piraten, in: Handelsblatt, 24.8.2009.)
- ⁸² Parteiengesetz vom 22.12.2004, § 2 und § 8.
- ⁸³ Vgl. im Folgenden Katz, Richard S.: The Internal Life of Parties, in: Political Parties in the New Europe. Political and Analytical Challenges, hrsg. von Kurt Richard Luther und Ferdinand Müller-Rommel, Oxford 2002, S. 87-118, hier S. 100ff.
- ⁸⁴ Vgl. Detterbeck, Klaus: Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien, in: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, hrsg. von Josef Schmid und Udo Zolleis, Wiesbaden 2005, S. 63-76, hier S. 72.
- ⁸⁵ „So oder so ähnlich werden im Moment viele vor allem junge Menschen zu Mitgliedern der Piratenpartei. Nicht durch gezielte Werbung oder durch Überzeugung im Freundeskreis, sondern über Internet-Foren oder Blogs. Dort diskutieren täglich Tausende Menschen hochpolitische Themen – ohne dass Parteien als Organisationen präsent sind. Fraktionszwänge und Parteilinien gibt es nicht.“ (Fischer, Konrad / Voß, Oliver: Die Piratenpartei dominiert den Wahlkampf im Netz, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/die-piratenpartei-dominiert-den-wahlkampf-im-netz-406340/>, 23.8.2009, Stand: 28.5.2010.)
- ⁸⁶ Widmann, Marc: Die Internet-Romantiker, in: Süddeutsche Zeitung, 15.9.2009.
- ⁸⁷ Vgl. Lösche: Kleine Geschichte der deutschen Parteien, S. 11.
- ⁸⁸ Vgl. Bartels: Die Piratenpartei, S. 53; Piratenwiki: Mitgliedsbeitrag, <http://wiki.piratenpartei.de/Mitgliedsbeitrag>, Stand: 27.5.2010. Über die Finanzierung der Piratenpartei lässt sich momentan recht wenig aussagen, da die Rechenschaftsberichte, die erst ausführlich Aufschluss über die Balance zwischen Spenden, Vermögen und staatlicher Parteienfinanzierung geben können, mit einjähriger Verzögerung veröffentlicht werden. Der Rechenschaftsbericht 2008 (Deutscher Bundestag: Drucksache 17/870: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Jahr 2008 (2. Teil – Übrige anspruchsberechtigte Parteien), S. 3-24, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/127/1612780.pdf>, Stand: 28.5.2010) lässt sich also aufgrund der damaligen geringen Mitgliederzahl und des niedrigen Bekanntheitsgrades, verglichen mit dem erheblichen Mitgliederzuwachs von 2009, nicht heranziehen.
- ⁸⁹ Eine Übersicht mit Links zu den am jeweiligen Tag angebotenen Stammtischen findet sich in der rechten Spalte auf Piratenwiki: Hauptseite, <http://wiki.piratenpartei.de/>, Stand: 28.5.2010. Vgl. zur hier vorgenommenen Charakterisierung der Treffen auch: Gruber, Angela: Technikbegeisterte Demokraten, <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/piratenpartei-technik-begeisterte-demokraten-1.174649>, 25.8.2009, Stand: 28.5.2010; Raidt, Erik: Politische Krabbelgruppe greift an, http://www.stuttgarterzeitung.de/stz/page/2379279_0_9223_-die-piratenpartei-politische-krabbelgruppe-greift-an.html, 8.2.2010, Stand: 28.5.2010; Passon, Michael: Andre Landskron ist Piraten-Kandidat, <http://www.derwesten.de/staedte/moers/Andre-Landskron-ist-Piraten-Kandidat-id2568976.html>, 14.2.2010, Stand: 28.5.2010; Bauer, Arnim: Piraten wollen bei nächster Wahl den Landtag entern, http://www.lkz.de/home/lokalmeldungen/stadt-kreis_artikel,-Piraten-wollen-bei-naechster-Wahl-den-Landtag-entern-_arid,27261.html, 15.2.2010, Stand: 28.5.2010; Wetterauer-Zeitung.de: Piraten suchen noch Freibeuter, http://www.wetterauerzeitung.de/Home/Nachrichten/Uebersicht/Newsticker/Piraten-suchen-noch-Freibeuter-_arid,170293_regid,3_puid,1_pageid,18.html, 25.03.2010, Stand: 28.5.2010.
- ⁹⁰ Entnommen aus Piratenwiki: Datei:Mitgliederentwicklung.png, <http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Mitgliederentwicklung.png>, 12.5.2010, Stand: 27.5.2010.

- ⁹¹ Vgl. zu diesem Absatz Katz: *The Internal Life of Parties*, S. 96.
- ⁹² Entnommen aus Piratenwiki: Datei:Mitglieder nach Bundeslaendern.png, http://wiki.piratenpartei.de/Datei:Mitglieder_nach_Bundeslaendern.png, 15.1.2010, Stand: 27.5.2010.
- ⁹³ Vgl. Piratenwiki: Liquid Democracy, http://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy, Stand: 26.5.2010. Auf politiktheoretischer Ebene versucht der Ansatz, einen „Direkte[n] Parlamentarismus“ (Liquid Democracy e.V. Wiki: Direkter Parlamentarismus/Einführung, http://wiki.liqd.net/Direkter_Parlamentarismus/Einführung, Stand: 26.5.2010; vgl. i. F. ebd. und Liquid Democracy e.V.: Einleitung, <http://liqd.net/static/about.html>, Stand: 26.5.2010) zu konzeptionalisieren, der auf Selbstgesetzgebung und parlamentarischen Diskurs setzt und so repräsentative und direkte Demokratie vermengt. Zugang zu den je politikfeldspezifischen Parlamenten haben alle interessierten Bürger, diese müssen nicht gewählt werden. Innerhalb der einzelnen Parlamente soll es (letztendlich auf ad hoc-Basis beruhende) Bündnisse geben, die – als funktionales Äquivalent von Parteien – jeweils Ideen vertreten. Kombiniert wird dies mit weiteren Elementen der Willensbildung per Internet, das überhaupt erst die funktionelle Grundlage liefern soll. In der Praxis soll jeder Bürger bei allen Fragen, die das Parlament bearbeitet, persönlich mitentscheiden können, aber auch die Möglichkeit haben, seine Stimme in bestimmten Bereichen Parteien der eigenen Wahl zu übertragen. Damit müsste nicht mehr eine Partei mit ihrem gesamten Programmbündel beauftragt werden. Vgl. zur (auch kritischen) Rezeption des Konzeptes weiterhin Bartels: *Die Piratenpartei*, S. 270f.; König, Michael: *Hype ohne Ende*, <http://www.sueddeutsche.de/politik/piratenpartei-nach-der-wahl-hype-ohne-ende-1.36303>, 15.10.2009, Stand: 26.5.2010; Klopp, Tina: *Mehr Technokratie wagen*, <http://www.zeit.de/digital/internet/2010-02/liquid-democracy-piraten?page=all>, 24.3.2010, Stand: 26.5.2010; von Gehlen, Dirk: *Liquid Feedback: Die Piraten machen Demokratie flüssig*, <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/503656>, 13.5.2010, Stand: 26.5.2010.
- ⁹⁴ „Ein Wiki (hawaiisch für „schnell“), seltener auch WikiWiki oder WikiWeb genannt, ist ein Hypertext-System für Webseiten, dessen Inhalte von den Benutzern nicht nur gelesen, sondern auch online direkt im Browser geändert werden können.“ (Wikipedia: Wiki, <http://de.wikipedia.org/wiki/Wiki>, Stand: 27.5.2010).
- ⁹⁵ Topcu: *Bloß nicht offline*.
- ⁹⁶ Vgl. Helms, Ludger: *Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland*, Wiesbaden 2005, S. 14.
- ⁹⁷ Jens Seipenbusch, zitiert nach Topcu: *Bloß nicht offline*.
- ⁹⁸ Dadurch können im Rahmen des Willensbildungsprozesses auch andere gesellschaftliche Themen einfache Zugänge finden, im Sinne einer „inhaltlichen Partizipation à la carte. Zudem senkt der geringe Partizipationsaufwand die Hemmschwelle für eine verbindliche Parteimitgliedschaft.“ (Florack, Martin / Grunden, Timo / Korte, Karl-Rudolf: *Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien*, in: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, hrsg. von Josef Schmid und Udo Zolleis, Wiesbaden 2005, S. 96-113, hier S. 107; vgl. ebd., S. 107, 109).
- ⁹⁹ Ein gutes Beispiel bildet die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit der Partei in einer umfangreichen Arbeitsgruppe: „Durch die dezentrale Organisation, auf welcher diese AG basiert, kann jeder an den Projekten teilnehmen, für die er / sie sich interessiert. Mit diesem neu entwickelten Konzept ermöglichen und fördern wir die individuell gestaltete Politik, an der jeder teilnehmen kann!“ (Piratenwiki: *AG Öffentlichkeitsarbeit*, http://wiki.piratenpartei.de/AG_Öffentlichkeitsarbeit, Stand: 28.5.2010).
- ¹⁰⁰ Die Parteienforscher Robert Harmel und Kenneth Janda unterscheiden drei zentrale Parteiziele, die von Partei zu Partei variieren können: innerparteiliche Beteiligung, öffentliche Ämter und Stimmenmaximierung. Vgl. Harmel, Robert / Kenneth, Janda: *An Integrated Theory of Party Goals and Party Change*, in: *Journal of Theoretical Politics* 6/1994, S. 259-287.
- ¹⁰¹ Vgl. Schmid, Josef / Zolleis, Udo: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, in: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, hrsg. von Josef Schmid und Udo Zolleis, Wiesbaden 2005, S. 9-21, hier S. 13f.; Schmid, Josef / Zolleis, Udo: *Schluss: Erfolgreiche Parteiorganisationen zwischen Anarchie und Strategie*, in: *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, hrsg. von Josef Schmid und Udo Zolleis, Wiesbaden 2005, S. 282-289.
- ¹⁰² Die grobe Formel lautet: Je weniger Delegiertenprinzip, desto mehr innerparteiliche Mitbestimmung, desto höher der Partizipationsanreiz. Eine Aufweichung des Delegiertenprinzips haben bereits die Großparteien versucht zu praktizieren, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg, es resultierte zum Teil sogar in Autonomiezuwäch-

- sen der Parteiführung (vgl. Florack / Grunden / Korte: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung, S. 103ff.).
- ¹⁰³ Das Prinzip der Liquid Democracy (s. o.) könnte in eine Richtung weisen. Seine Effizienz muss sich künftig jedoch im Zuge einer breiten innerparteilichen Implementierung erst noch unter Beweis stellen.
- ¹⁰⁴ Vgl. Schmid / Zolleis: Zwischen Anarchie und Strategie, S. 13f.
- ¹⁰⁵ Vgl. ebd. „Um dem Schicksal der anderen Kleinstparteien – eine unverändert kleine Wählerschaft – zu entgehen, brauchten die Piraten charismatische Führungspersonen“, meint Christoph Bieber [vom Zentrum für Medien und Interaktivität der Universität Gießen; d. Verf.]. „Die Pauli-Variante wäre keine dumme Idee“, sagt er in Anspielung auf die ehemalige Fürther Landrätin, die die Freie Union in Bayern aus ihrer regionalen Begrenztheit befreien wollte. Wegen eines Formfehlers durfte die Partei jedoch nicht mit Landeslisten antreten.“ (Trentmann, Nina: Piraten feiern ersten und vielleicht letzten Erfolg, <http://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4647418/Piraten-feiern-ersten-und-vielleicht-letzten-Erfolg.html>, 27.9.2009, Stand: 26.5.2010).
- ¹⁰⁶ Schmid / Zolleis: Zwischen Anarchie und Strategie, S. 14.
- ¹⁰⁷ Wagner, Marie Katharina: Meuterei gegen die Schiffsoffiziere, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.2009, bzw. Jens Seipenbusch, zit. nach ebd.
- ¹⁰⁸ Wagner: Meuterei gegen die Schiffsoffiziere.
- ¹⁰⁹ Siehe z. B. die Schwierigkeiten bei der Erstellung des Wahlprogramms in NRW oder die zehn Stunden dauernde Debatte bei der Wahl des Bundesvorstandes auf dem Bundesparteitag 2010 in Bingen am Rhein. Vgl. Voß, Oliver: Die Piratenpartei kämpft mit ihrem Wahlprogramm, <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/die-piratenpartei-kaempft-mit-ihrem-wahlprogramm-423604/>, 28.2.2010, Stand: 27.5.2010; Spiegel Online: Piratenpartei braucht zehn Stunden für Vorstandswahl, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,695031,00.html>, 16.5.2010, Stand: 27.5.2010.
- ¹¹⁰ Vgl. Bechtold, Sonja: Schatzmeister Schlömers Wettlauf gegen die Zeit, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,668849,00.html>, 30.12.2009, Stand: 27.5.2010.
- ¹¹¹ Vgl. Wagner: Meuterei gegen Schiffsoffiziere.
- ¹¹² Lipset / Rokkan: Cleavage Structures, An Introduction, S. 26.
- ¹¹³ Vgl. im Folgenden Niedermayer, Oskar: Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien, in: Wähler in Deutschland. Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten, hrsg. von Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle, Wiesbaden 2009, S. 30-67, hier S. 48f.
- ¹¹⁴ Vgl. Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems: A Framework for Analysis, Oxford 1976, S. 335.
- ¹¹⁵ Siehe hierzu die Ausführungen in Kap. 3.2.
- ¹¹⁶ Vgl. zu diesem Absatz Müller-Schneider, Thomas: Lebensstile, Milieus und Szenen, in: Lehr(er)buch Soziologie. Für die pädagogischen und soziologischen Studiengänge, Band 1, hrsg. von Herbert Willems, Wiesbaden 2008, S. 307-329, hier S. 309f.
- ¹¹⁷ Ebd., S. 313; vgl. zu diesem Absatz ebd. sowie ebd., S. 310.
- ¹¹⁸ Vgl. zu den i. F. aufgeführten Begriffen und Charakteristika der Sinus-Milieus Sinus Sociovision: Informationen zu den Sinus-Milieus 2009, Heidelberg 2009, S. 15, http://www.sociovision.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/informationen_2009_01.pdf, Stand: 27.5.2009; Rosenkranz, Jan: So sind die Deutschen, in: stern, 23.7.2009, <http://www.stern.de/politik/deutschland/milieu-studie-so-sind-die-deutschen-707657.html>, 15.8.2009, Stand: 27.5.2010; Fischer, Raoul: Kino statt Fernsehen, Indien statt Ballermann, forschung & praxis: zielgruppe experimentalisten, in: media & marketing 1-2/2002, S. 66-69; Ders.: Immer auf der Suche nach Informationen, forschung & praxis: zielgruppe postmaterielle, in: media & marketing 7-8/2002, S. 52-55; Ders.: Protagonisten der Ich-AG, forschung & praxis: moderne performer, in: media & marketing 11/2002, S. 58-61; Ders.: Lust am Leben und am Trash, forschung & praxis: zielgruppe hedonisten, in: media & marketing 12/2002, S. 54-57.
- ¹¹⁹ Entnommen aus Sinus Sociovision: Informationen zu den Sinus-Milieus 2009, S. 13.
- ¹²⁰ Ebd., S. 12.
- ¹²¹ Sinus Sociovision / Stern: Medienmentalitäten heute: Zwischen Virtualisierung und Bodenhaftung, in: MarkenProfile 12. Neue Medienmentalitäten. Wohin geht Ihre Zielgruppe?, hrsg. von Stern Anzeigenabteilung, Hamburg 2007, S. 28-39, http://www.gujmedia.de/_components/markenprofile/index.html, Stand: 27.5.2010.

- ¹²² Die Beschreibung der wesentlichen Merkmale der Nutzergruppe der „digital natives“ deckt sich größtenteils ebenfalls mit den weiter oben angeführten und auf die Piratenpartei bezogenen Charakteristika der drei ausgewählten Sinus-Milieus, vgl. hierzu die Tabelle „Die Digital Natives“, in ebd., S. 37.
- ¹²³ Vgl. ebd., S. 37.
- ¹²⁴ Vgl. Neu, Viola: Bundestagswahl in Deutschland am 27.9.2009. Wahlanalyse, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin 2009, S. 73, http://www.kas.de/wf/doc/kas_18443-544-1-30.pdf?091217164834, Stand: 27.5.2010.
- ¹²⁵ Entnommen aus: Sinus Sociovision / Stern: Medienmentalitäten heute, S. 35.
- ¹²⁶ Eigene Darstellung, Daten entnommen aus Neu: Bundestagswahl, S. 74; Graf, Jutta / Neu, Viola: PolitikKompass. Analyse der Bundestagswahl vom 22.9.2002, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2002, S. 21 (= Arbeitspapiere, 91), http://www.kas.de/wf/doc/kas_874-544-1-30.pdf?050707130200, Stand: 27.5.2010.
- ¹²⁷ Schoen, Harald / Weins, Cornelia: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Handbuch Wahlforschung, hrsg. von Jürgen W. Falter und Harald Schoen, Wiesbaden 2005, S. 187-242, hier S. 195; vgl. auch Campbell, Angus / Converse, Philip E. / Miller, Warren E. / Stokes, Donald E.: The American Voter, New York 1960, S. 24-34.
- ¹²⁸ Auf diese Weise entfaltet sie, die jetzt als „in der Primärsozialisation erworbene langfristig stabile, wenngleich prinzipiell wandelbare Parteiloyalität interpretiert wird“, die Wirkung eines „Wahrnehmungsfiler[s]“ samt „Kolorierungseffekt“ auf die Kurzfristfaktoren, welcher „zur Einstellungskonsistenz im Sinne der Identifikationspartei bei[trägt]“ (Schoen / Weins 2005: Der sozialpsychologische Ansatz, S. 196).
- ¹²⁹ Vgl. ard-zdf-onlinestudie.de: Verweildauer, <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=182>, Stand: 27.5.2010. So ist die Internet-Verweildauer in der Gruppe der 14-29-Jährigen insgesamt am höchsten und über die letzten Jahre hinweg durch einen signifikanten Abstand zu den anderen Altersgruppen gekennzeichnet.
- ¹³⁰ Vgl. i. F. Hepp, Andreas: Medienkommunikation und deterritoriale Vergemeinschaftung. Medienwandel und die Posttraditionalisierung von translokalen Vergemeinschaftungen, in: Post-traditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen, hrsg. von Ronald Hitzler, Anne Honer und Michaela Pfadenhauer, Wiesbaden 2008, S. 132-150, hier S. 133f. sowie Tepe / Hepp: Digitale Produktionsgemeinschaften, S. 181f.
- ¹³¹ Tepe / Hepp: Digitale Produktionsgemeinschaften, S. 181.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autoren

Simon Prokopf
Studium der Politikwissenschaft und Soziologie (B.A.) an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Fabian Strauch
Studium der Politikwissenschaft und der Allgemeinen Rhetorik (Magister Artium) an der Universität Tübingen

Dr. Udo Zolleis
leitet den Planungsstab der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Seine Schwerpunkte sind Parteien- und Wahlforschung, politische Kommunikation sowie vergleichende Landespolitik.

„Aktuelle Analysen“

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien

- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“

- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?

